

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ludwig Jedlicka

Das autoritäre System
in Österreich

Ein Beitrag zur Geschichte der
europäischen Rechtsbewegungen

Wilhelm Ribhegge

Konservatismus

Versuch zu einer
kritisch-historischen Theorie

B 30/70

25. Juli 1970

Ludwig Jedlicka, Dr. phil., o. Prof., geboren 26. Mai 1916 in Wien, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Veröffentlichungen u. a.: Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918—1938, Graz, Köln 1955; Der 20. Juli 1944 in Österreich, Wien, München 1965; Ende und Anfang. Österreich 1918/19, Wien und die Bundesländer, Salzburg 1969; zahlreiche Untersuchungen zur österreichischen Zeitgeschichte.

Wilhelm Ribhegge, geb. 1940, Studium der Fächer Geschichte, Englisch, Christliche Sozialwissenschaften und Soziologie, 1966 Staatsexamen. Wissenschaftlicher Assistent an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe — Abteilung Münster.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das autoritäre System in Österreich

Ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Rechtsbewegungen

In dieser Ausgabe wird der Konservatismus sowohl als zeitgeschichtliches Faktum wie als Gegenstand politikwissenschaftlicher Theorie behandelt. Während die historische Perspektive infolge der zeitlichen Distanz zunehmend unproblematischer wird, sind die bisher vorliegenden Versuche einer systematischen Analyse noch weitgehend umstritten. Die Redaktion ist gern bereit, weitere Stellungnahmen zu diesem Thema, die ihr zugehen, entgegenzunehmen und in einer späteren Folge zu veröffentlichen.

Definition des österreichischen Faschismus

Im Jahre 1935 erschien in einem angesehenen Züricher Verlag ein Buch des ehemaligen österreichischen Vizekanzlers Ing. Franz Winkler mit dem Titel: „Die Diktatur in Österreich“. Der Verfasser, Angehöriger des liberal-nationalen Landbundes und drei Jahre lang Minister in den Regierungen Ender, Buresch und Dollfuß, berichtete aus intimer Kenntnis von Vorgängen und Zusammenhängen über das Entstehen des sogenannten „autoritären Kurses“ in Österreich und meinte, vor allem in außenpolitischen Komponenten — damit war der übermächtige Einfluß Italiens gemeint — die Ursache für die Beseitigung der Demokratie in Österreich erblicken zu können. (Die Forschungen nach dem Zweiten Weltkrieg haben übrigens ergeben, daß Winkler, obwohl sein Buch scheinbare Objektivität ausstrahlt, zumindest im Vorfeld des Mordes an Kanzler Dollfuß konspirativ beteiligt war, ohne daß diese Betätigung 1938 honoriert worden wäre ¹.)

1969 veröffentlichte der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg sein drittes Buch „Im Kampf gegen Hitler“. Der ehemalige Kanzler versuchte unter genauer Berücksichtigung des Staatsnotstandes der Jahre 1932/33, den Aufbau einer Abwehrfront in Österreich gegen den Nationalsozialismus als eine Art Koalition verschiedener Gruppen, von den Christlichsozialen alt-demokratischer Prägung bis zur Heimwehr — so weit sie sich zu Österreich bekannte —, darzustellen, wobei allerdings der Druck Italiens dieses Almagam verschiedenster Richtungen zu einer pseudofaschistischen Front werden ließ.

¹) Bericht Weydenhammers im Hauptarchiv der NSDAP (Faszikel 34), Kopie im Institut für Zeitgeschichte, Wien; vgl. auch: Hellmuth Auerbach, Eine nationalsozialistische Stimme zum Wiener Putsch vom 25. Juli 1934, VJHFZ 12. Jg., 2. H., April 1964, S. 201 ff.

Die oft gebrauchten Ausdrücke „Austrofaschismus“ und „Klerikofaschismus“ für diese Epoche der österreichischen Geschichte treffen dennoch keineswegs jenes Konglomerat von Bewegungen und Ideen, Persönlichkeiten und historischen Zufällen, die es im Jahre 1933 dem damaligen Bundeskanzler Dr. Dollfuß ermöglichten, unter massiver Hilfe Italiens, dessen außenpolitische Interessen in Österreich für diese Epoche durch die jüngsten Forschungen immer deutlicher enthüllt werden, eine Abwehrfront gegen Hitler aufzubauen, die immerhin bis zum März 1938 hielt.

Eine Begriffsklärung, ob es sich hier um eine österreichische Variante des Faschismus handle, ja, was man überhaupt darunter zu verstehen habe, ist außerordentlich schwierig und kann auch durch wortreiche Untersuchungen, die aus anderen Systemen gewonnene und nicht ohne weiteres übertragbare Denkmodelle auf die damaligen österreichischen Verhältnisse anwenden, kaum gefunden werden ²). Es läßt sich aus dem historischen „Einheitstopf“ Austrofaschismus oder Klerikofaschismus, den manche jüngere Historiker so gerne zur Deutung der österreichischen Geschichte von 1933 bis 1938 verwenden, kein brauchbares Surrogat herausdestillieren, ohne vorerst die politischen Kräfte im Lager der „Rechten“ seit 1918 zu untersuchen.

²) Dies versuchte unlängst Grete Klingenstein in ihrem Aufsatz: „Bemerkungen zum Problem des Faschismus in Österreich“ (Österreich in Geschichte und Literatur, 14. Jg., Folge 1, Januar 1970), in dem sie Heimwehren und österreichische NSDAP ideologisch fusionierte. Übersehen bleibt bei dieser Fusion, daß das Wachstum der NSDAP in Österreich seit 1931 unverständlich bleibt ohne die Einbeziehung der völligen organisatorischen und ideologischen Abhängigkeit der österreichischen NS-Führungsschicht von ihren reichsdeutschen Kontrollorganen, als deren Prototyp Theo Habicht gelten darf. Vgl. dazu: Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933 bis 1938, Frankfurt/Main-Berlin 1968, S. 406 ff.

Parlamentarische und militärische Konstellationen

Die Gründung der Republik Österreich zeigte, schon was die Grenzziehung betraf, den übermächtigen Einfluß Italiens, das sich etwa bei der Ziehung der Kärntner Grenze und der Frage des Burgenlandes für Österreich einsetzte, um eine günstige Ausgangsposition gegen Jugoslawien und die Tschechoslowakei via Österreich zu gewinnen. Das Anschlußverbot, auch von Italien begünstigt, und der anhebende Kampf um die Vormachtposition im Donauraum zwischen der Kleinen Entente und dem faschistischen Italien, die Revisionspolitik Ungarns und vorerst die nicht gelöste Habsburgerfrage wirkten sich auch auf die Bildung des Lagers der „Rechten“ in Österreich entscheidend aus.

Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 hatten auf der „Rechten“ den Christlichsozialen, Großdeutschen und anderen Splitterparteien eine knappe Unterlegenheit gegenüber dem mächtigen Block der Sozialdemokratischen Partei gebracht³⁾, so daß man gezwungen war, noch über ein Jahr hindurch in einer großen Koalition unter Führung von Dr. Karl Renner zu arbeiten, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die Sozialdemokraten als Gründungspartei des Staates das taktische Meisterstück vollbrachten, die Bildung einer zahlenmäßig starken Kommunistischen Partei zu verhindern⁴⁾ und darüber hinaus fürs erste die militärischen Streitkräfte dieses Staates, die Volkswehr⁵⁾, in ihre Hand zu bekommen.

Zum Unterschied von der Weimarer Republik gab es zu Beginn der republikanischen Geschichte Österreichs keine politisierende Armee oder gar eine ehemalige Oberste Heeresleitung, die um sich Freikorpsverbände hätte sammeln können, um damit Politik zu machen. Was allerdings die Sozialdemokratie in

ihrem Wehrprogramm erstrebte, war eine Volksarmee, demokratisch und republikanisch im Gegensatz zur habsburgischen Tradition, und im Äußeren, in Uniform und Abzeichen, eine Nachahmung der deutschen Reichswehr, als Ausdruck von „Deutschösterreichs Weg zur einstigen großen Gemeinschaft der Nation“⁶⁾, wie dies einstmal Theodor Körner — damals Heeresinspektor — emphatisch ausdrückte. Körner übersah dabei, daß die so angebetete deutsche Reichswehr kaum dem Wunschbild der Militärideologie der österreichischen Sozialdemokratie entsprach.

Die Volkswehr war aber nicht die einzige bewaffnete Formation, die schon im Jahre 1919 ideologisch und politisch die Lager von rechts und links nicht nur mit Menschen, sondern auch mit Waffen füllte. Aus freiwilligen Ordnungs- und Schutzverbänden entstanden Bauern-, Flur-, Orts-, Bürger- und Heimwehren, die schon im Jahre 1919, etwa im Kärntner Grenzkonflikt, eingesetzt waren und von den Alliierten Kontrollkommissionen in Wien eifrigste Unterstützung erfuhren, da im Hochsommer 1919 die kommunistische Bedrohung Österreichs der Pariser Friedenskonferenz besonderes Kopfzerbrechen bereitete. Nach einwandfreien Angaben aus dem Wiener Kriegsarchiv sind unter alliierter Kontrolle im Jahre 1918 1200 Maschinengewehre und 80 000 Gewehre, zu denen noch beträchtliche andere Waffenmengen kamen, an die Bevölkerung ausgegeben worden, ohne jemals in die staatlichen Arsenale zurückzufließen⁷⁾. Der britische Kontrolloffizier in Wien, Oberst Cuninghame, gab in etwas übertriebenen Berichten an, schon im Jahre 1919 die österreichischen Bauern gegen den Bolschewismus bewaffnet zu haben, während die Sozialdemokratie vorsichtshalber durch die Aufstellung von Arbeiter- und Fabrikwehren die ersten Kontingente von paramilitärischen Formationen in den frühen zwanziger Jahren bildete, ehe ihre machtvolle Wehrorganisation, der Republikanische Schutzbund, 1924 offiziell gegründet wurde.

Wenn auch beide Formationen bei Grenzkonflikten eingesetzt wurden — so die Arbeiter-

³⁾ Die Wahlergebnisse in: Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch, hrsg. unter der Leitung von Dwaine Marvick, Wien 1966, Bd. 3, S. 25 ff.; eine Untersuchung über die Wahl von 1919 wird in Kürze im Institut für Zeitungsgeschichte, Wien, durch Johannes Hawlik vorliegen.

⁴⁾ Vgl. Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916—1919, phil. Diss., Wien 1968; gedruckt in: Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich, Bd. 7, Wien 1970.

⁵⁾ Karl Haas, Studien zur Wehrpolitik der österreichischen Sozialdemokratie 1918—1926, phil. Diss., Wien 1967 (Druck in Vorbereitung).

⁶⁾ In: Ludwig Jedlicka, Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918—1938, Graz-Köln 1955, S. 64.

⁷⁾ Vgl. Ursula Freise, Die Tätigkeit der alliierten Kommissionen in Wien nach dem Ersten Weltkrieg, phil. Diss., Wien 1963.

wehren im Burgenland und die ursprünglichen Heimwehren in Kärnten —, blieben sie kein Instrument der Landesverteidigung, sondern wurden zu politisch äußerst wirksamen Bürgerkriegsarmeen, und zwar schon vor 1927. In den Heimwehren der ersten Stunde, also in der Zeit vor 1927, die hauptsächlich von Tirol aus unter der Führung des christlich-sozialen Abgeordneten Dr. Richard Steidle gegründet wurden, fanden sich sehr viele Parallelen zu den deutschen Freikorps. Die Zusammenarbeit der bayerischen Einwohnerwehren mit der österreichischen Heimwehr bewirkte, daß seit Horthys Machtübernahme in Ungarn intensive Putschvorbereitungen österreichischer Heimwehrgenerationen gemeinsam mit Ungarn gegen die Koalitionsregierung Renner 1919/20 in Wien unternommen wurden und daß Ludendorff sich selbst als Oberbefehlshaber einer solchen weit über den Donaauraum hinausgreifenden Aktion anbot, wobei Oberst Bauer eine wesentliche Rolle spielte⁸⁾. Die Finanzierung dieser Vorhaben, die erst Ende 1923 aus den Planungen der bayerischen, Tiroler, Salzburger und Kärntner Rechtsradikalen verschwinden, erfolgte teilweise auch aus ungarischen Quellen. Der ehemalige deutsche Major Waldemar Pabst, von der Tiroler Landesregierung unter falschem Namen eingebürgert, spielte dabei eine außerordentlich bedeutsame Rolle und stieg später zum ersten Stabschef der gesamten österreichischen Heimwehren auf⁹⁾.

Im Osten Österreichs hatten sich parallel dazu halb-militärische Verbände unter dem Namen „Frontkämpfervereinigung Deutsch-

Osterreichs“ gebildet, deren Führer, Oberst Hermann Hittl, vor allem den Kampf auf „arischer Grundlage“ gegen die „volkszerstörenden Elemente wie Sozialdemokraten und Kommunisten“ predigte und in Feldübungen, Bereitschaften und Aufmärschen den Versuch unternahm, mit den hauptsächlich auf die westlichen Bundesländer beschränkten Heimwehrebewegung zu konkurrieren. In dieser Wehrformation findet man übrigens schon in den zwanziger Jahren eine Geheimorganisation für einen ausgewählten jungen Nachwuchs, genannt „Der eiserne Kern“, der in einem Merkblatt als „ausführendes Organ des Führers“ und als „Seele der Bewegung“ bezeichnet wurde. Auch die später von den Heimwehren und den Christlichsozialen so hochgespielte ständestaatliche Ideologie, deren besonderer Befürworter namentlich in akademischen Kreisen Othmar Spann gewesen ist, findet sich bereits in den ideologischen Schriften der Frontkämpfervereinigung vor 1927¹⁰⁾. Daher ist es kein Wunder, daß bei den häufigen politischen Zusammenstößen, die von 1919 bis 1927 in Österreich immerhin auch die Zahl von 21 Toten forderten, die Frontkämpfervereinigung im permanenten Bürgerkrieg mit den Gegnern von links die meisten Blutopfer verursachte. Parallel zur Weimarer Republik beurteilten die österreichischen Gerichte den politischen Mord als „Kavaliersdelikt“¹¹⁾. Die Zuspitzung zwischen rechts und links im Laufe der Tagespolitik kann aber nicht ohne das Eingehen auf zwei Persönlichkeiten verstanden werden.

Sozialdemokratie und rechtsorientierter Militarismus

Enttäuscht nach ihrem Austritt aus der Regierung im Jahre 1920 konzentrierte sich die Sozialdemokratie um den stark links stehenden Dr. Otto Bauer, in der Hoffnung, daß die Überwindung der kapitalistischen und der Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung eines Tages doch erreicht werden könnte¹²⁾. Otto Bauers revolutionäres Pathos, oft auf die

Stimmung der Massen berechnet — man denke nur an das Parteiprogramm von 1926, in dem man eindeutig für den Fall eines Putschversuchs der Bourgeoisie mit Gewalt zu antworten versprach —, verbarg die tiefen Sorgen der sozialdemokratischen Parteiführung. Denn rapide verfiel seit 1920 nicht nur die einmalig starke Stellung der Sozialdemokratie in den Gewerkschaftsorganisationen des durch und durch demokratisierten Bundesheeres,

⁸⁾ Vgl. Ludger Rape, Die österreichische Heimwehr und ihre Beziehungen zur bayerischen Rechten zwischen 1920 und 1923, phil. Diss., Wien 1968.

⁹⁾ Zur Tätigkeit Pabsts siehe vor allem: Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien-Frankfurt-Zürich 1966.

¹²⁾ Siehe dazu: Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968.

¹⁰⁾ Ingeborg Messerer, Die Frontkämpfervereinigung Deutsch-Osterreichs. Ein Beitrag zur Geschichte der Wehrverbände in der Republik Österreich, phil. Diss., Wien 1965.

¹¹⁾ Gerhard Botz, Beiträge zur Geschichte der politischen Gewalttaten in Österreich von 1918 bis 1933, phil. Diss., Wien 1966.

als Folge seiner Umgestaltung durch den christlichsozialen Heeresminister Vaugoin zu einem Instrument christlichsozialer Politik¹³⁾, auch Gendarmerie und Polizei wurden mehr und mehr Bastionen der Rechtsparteien. Die Furcht, daß eines Tages nach italienischem Muster die Staatsexekutive gemeinsam mit den Heimwehren die Errungenschaften der Sozialdemokratie beseitigen könnten, stand immer vor den Augen der sozialdemokratischen Politiker.

Ihr unbeugsamer Gegenspieler war Prälat Ignaz Seipel, dessen Werk der Währungsanie rung im Jahre 1922 allzu häufig seine domi nierende Rolle in der österreichischen Innen politik überschattet¹⁴⁾. Als Bundeskanzler, Parteiobmann der Christlichsozialen, als Außenminister und lange Zeit als „der Mann im Hintergrund“ aller rechten Gruppen in Österreich hat „der Politiker im Priesterkleid“ zielstrebig als ein Mensch der Macht und der Machtanwendung gegen den Gegner alles getan, um den Schutt der Revolution von 1918 — wie er sich einmal ausdrückte — wegzuräumen, um „nach der Währung die Seelen zu sanieren“. Darunter verstand der Dogmatiker der Unnachgiebigkeit, der sich 1921 bei der Verleihung des Ehrendoktorates durch die Wiener Universität als „ein Mann der Kirche“ bezeichnete, das Niederringen der Sozialdemo kratie mit allen Mitteln. Er erblickte nicht nur in der nach einer Machtübernahme im Staate drängenden Heimwehr, die bereits mit seinem Wissen von Italien finanziert wurde, ein notwendiges Instrument, sondern er sah auch den Nationalsozialismus im bürgerlichen Lager als durchaus hoffähig an. Dies beweist die Korrespondenz Seipels mit einem der Begründer der österreichischen NSDAP, Dr. Walter Riehl¹⁵⁾. Der „Politiker im Priesterkleid“ und der wortgewaltige sozialdemokratische Partei führer Dr. Otto Bauer, aus wohlhabender, sudetendeutscher jüdischer Familie, waren die wirklichen Gegenspieler in einem Drama, des-

sen weitgestreckte, großräumige und dogmatische Ziele sie beide nicht erreichten.

Das Jahr 1927 bringt die Wende zum permanenten Bürgerkrieg durch die blutigen Ereignisse in Wien nach dem Freispruch von Frontkämpfern, die Arbeiter getötet hatten. Die Folge war der Aufschwung der Heimwehren unter intensiver finanzieller Unterstützung und Rüstungshilfe durch Ungarn und Italien, wobei sich beide für den Fall eines Zerfalls der österreichischen Republik über die entsprechenden Aufteilungsgebiete einigten¹⁶⁾.

Das Vordringen faschistischer Gedankengänge innerhalb der Heimwehr nach dem Jahre 1927 ist in einzelnen Gebieten nachweisbar. So berichtete eine 1935 erschienene Chronik der Salzburger Heimwehr von einzelnen Gauführern, die in Italien nach Sprachstudien das faschistische System an der Wurzel gründlich studierten, um in Österreich entsprechend zu agitieren¹⁶⁾. Die antimarxistische Bewegung der Heimwehr, die Seipel als „unwiderstehliche Volksbewegung“ bezeichnete, fand in ihrer Bemühung, theoretisch eine Art Ideologie zurechtzubauen, nicht die Unterstützung von Othmar Spann, sondern bezeichnenderweise waren es Vertreter des deutschen „Stahlhelms“ und anderer Rechtsorganisationen der Weimarer Republik, die Geburtshelferdienste leisteten¹⁸⁾. Nachdem für die Christlichsozialen seit den Juli-Ereignissen 1927 die parlamentarische Demokratie und die Verfassung mehr und mehr zu einem Hindernis im Sinne ihrer Pläne wurden, gingen die Heimwehren in ihren ideologischen Bemühungen dazu über, Reformprogramme auf der Basis der christlichen Soziallehre zu entwickeln, wie dies auch Seipel 1929 vorschlug.

In diesem Jahre sah sich Bundeskanzler Schöber unter dem Druck Italiens und der Heimwehrebewegung veranlaßt, ohne den Boden der Demokratie zu verlassen, eine Verfassungsreform durchzusetzen, die im wesentlichen auf eine Stärkung der Stellung des Bundespräsidenten und die Einführung eines Notverordnungsrechtes nach dem Muster der Weimarer Republik hinauslief. Die Sozialdemokratie hatte damals in einer beispiellosen polemischen und politischen Abwehrschlacht taktisch

¹³⁾ Anton Staudinger, Bemühungen Carl Vaugoins um Suprematie der christlichsozialen Partei in Österreich (1930—1933), phil. Diss., Wien 1969.

¹⁴⁾ Gottlieb Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922, in: Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 1, Wien-Graz 1964.

¹⁵⁾ So bot Seipel Riehl etwa bei dessen Kandidatur bei den Wahlen die Unterstützung durch die christlichsoziale Parteiorganisation an. Schreiben Seipels an Riehl v. 7. 4. 1927; Institut für Zeitgeschichte, Wien, Nachlaß Riehl, Tagebuch 1927.

¹⁶⁾ Ludwig Jedlicka, Aufteilungs- und Einmarschpläne um Österreich 1918—1934, in: Festschrift für Franz Loidl, 1. Bd., Wien 1970, S. 96—112.

¹⁷⁾ Heimatschutz in Österreich, Wien 1935, S. 182.

¹⁸⁾ Ludwig Jedlicka, Zur Vorgeschichte des Korneuburger Eides, in: Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 7, Folge 4, April 1963, S. 146—153.

gesiegt. Sie konnte zwar die Gefahr abwehren, daß durch die Verfassungsreform die Sonderstellung ihres „roten Wien“ gebrochen wurde, sie konnte weiterhin die beabsichtigte Schmälerung der Sozialgesetze verhindern, übersah aber, daß das berüchtigte Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 weiterhin auch in der reformierten Verfassung verblieb — jenes Hintertürchen, durch das später das autoritäre System eingeschleust werden sollte¹⁹⁾. Im Kampf um die Verfassung hat aber Seipel, der 1929 zurückgetreten war, um die Dinge aus dem Hintergrund zu lenken, nicht nur seine Stimme gegen die Demokratie erhoben und den Parteienstaat vehement verdammt, sondern auch alles unternommen, um die Heimwehr moralisch zu stützen²⁰⁾.

Als bei einem Aufmarsch im Jahre 1928 in Wiener Neustadt durch die feindlichen Bürgerkriegsarmeen fast eine Staatskatastrophe heraufbeschwoen wurde, auf die übrigens Italien und Ungarn lauerten, hat Seipel davon gesprochen, daß man für den Fall des Aufmarsches der „Widersacher Christi“ in besser organisierten und bewaffneten Gruppen alles tun müsse, um die Mängel der eigenen Ausrüstung und Organisation zu beheben und sich die wahre Liebe für das Volk darin zeige, daß man den Entscheidungskampf nicht scheue²¹⁾.

Konstituierung des „autoritär-ständischen“ Staatssystems

Am Vorabend der wirklichen Entscheidungen waren die Kräfteverhältnisse durch die letzte Nationalratswahl im November 1930 für das bürgerliche Lager noch prekärer geworden²²⁾. Dem mächtigen Block der Sozialdemokratie von nahezu 40 % stand ein zerbrechendes bürgerliches Lager gegenüber, in das noch acht parlamentarische Abgeordnete der Heimwehr eingerückt waren. Deren Bundesführer, Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg, zeigte in der ersten Rede dem Parlament seine volle Verach-

Auch angesichts der Katastrophe der Osterreich schwer treffenden Wirtschaftskrise der Jahre 1930/31 kam es weder zu einer Bejahung des Staats noch zu einer Versöhnung der Gegensätze, obgleich es an warnenden Stimmen, die jedoch einsam blieben, nicht fehlte. So sei nur an Dr. Karl Renners sehr gemäßigtes Verhalten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der dreißiger Jahre erinnert, ebenso wie an die Warnung des christlichsozialen Arbeiterführers Leopold Kunschak, daß die bewaffneten Scharen der Heimwehren mit ihren Programmen der schrankenlosen Antidemokratie eines Tages zum Verhängnis für den Staat werden könnten²²⁾.

Das am 18. Mai 1930 verkündete „Korneuburger Programm“, übrigens aus dem Seminar Othmar Spanns stammend, vermischte deutsch-nationale, österreichisch-patriotische und faschistische Gedankengänge in unklarer Form und lehnte den westlichen demokratischen Parlamentarismus ab, wobei die Forderung nach der Machtergreifung im Staate allzu deutlich durchklang²³⁾. Der radikalste Heimwehrführer, Dr. Pfrimer, der eineinhalb Jahre später durch einen Putsch in der Steiermark versuchte, dieses Programm in die Tat umzusetzen²⁴⁾, erklärte noch am Tag der Verkündung des Korneuburger Programms, „daß Osterreich nur der Faschismus retten könne“.

tung, so daß jeder Kanzler der bürgerlichen Koalition sich auf eine äußerst heterogene Mehrheit stützen mußte, die zuletzt beim Kabinett Dollfuß nur mehr eine Stimme betrug. Dazu kam aber noch die häufig übersehene Tatsache, daß die Sozialdemokraten mit den Großdeutschen gemeinsam die Auflösung des Parlaments und baldige Neuwahlen anstrebten — die einen in dem Glauben, noch stärker werden zu können, und die anderen in der

¹⁹⁾ Ernst C. Hellbling, Die Änderung der österreichischen Bundesverfassung im Licht des Verfassungsbruches, in: Bundesstaat auf der Waage, Salzburg-München 1969, S. 33—121.

²⁰⁾ Ignaz Seipel, Der Kampf um die österreichische Verfassung, Wien-Leipzig 1930.

²¹⁾ Leser, a. a. O., S. 413.

²²⁾ Vgl. die Wahlergebnisse in: Wahlen und Parteien in Osterreich, a. a. O., Bd. 3, S. 33 f.; zu den politischen Implikationen der Wahlen siehe: Staudinger, a. a. O., S. 44 ff.

²²⁾ Leopold Kunschak, Osterreich 1918—1934, Wien 1935²; Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie, Wien 1965.

²³⁾ Franz Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr von 1928 bis 1930 mit besonderer Berücksichtigung des sogenannten „Korneuburger Eides“ (18. Mai 1930), phil. Diss., Wien 1965.

²⁴⁾ Josef Hofmann, Der Pfrimer-Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931, in: Publikationen des Osterreichischen Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 4., Wien-Graz 1965.

Hoffnung, der nun steigenden Flut des Nationalsozialismus das Wasser abgraben zu müssen. Die Arlarmzeichen in dieser Richtung waren allerdings drohend, als im April des Jahres 1932 in einzelnen Bundesländern, ja sogar auch in Wien, bei Landtagswahlen die NSDAP bis zu 20 % der Stimmen erringen konnte und darüber hinaus ein Teil des Heimatschutzes (die schon immer stark nationale Gruppe des steirischen Heimatschutzes) offen in das Lager Hitlers übergang²⁶⁾.

In dieser Situation übernahm jener Mann, mit dem das autoritäre System in seinen Anfängen verbunden ist, Dr. Engelbert Dollfuß, die Regierung, gestützt auf eine notdürftige Koalition aus Christlichsozialen, Landbund und Heimatblock, wobei die verbliebenen Heimatblockabgeordneten mit Starhemberg an der Spitze zum Zünglein an der Waage in innen- und außenpolitischer Hinsicht werden mußten. Der neue Kanzler, aus der bäuerlichen Schicht Niederösterreichs kommend, hatte aus dem Erlebnisbereich seiner politischen Jugend und als Frontoffizier die verschiedensten Wandlungen durchgemacht²⁷⁾. Von allen Ideen, die er aufnahm, war sicherlich das Ideal eines christlichen Ständestaates für ihn am wichtigsten. Er hat sich, wie wir wissen, intensiv mit Othmar Spann beschäftigt; schon in seiner Regierungserklärung wies er darauf hin, daß er nicht gewillt wäre, die Rolle eines Übergangskanzlers zu spielen, wobei allerdings die wirtschaftliche Sanierung durch die Lausanner Anleihe ihm als Hebel für den Gesamtumbau des Staates dienen sollte²⁸⁾. Die hemmungslose Aggressivität des Nationalsozialismus und die sehr unkluge taktische Haltung der Sozialdemokratie, namentlich Otto Bauers, der in intellektueller Überlegenheit den ohnehin parlamentsfremden Kanzler demütigte und in taktischer Verkennung der Lage glaubte, mit dem „braunen und grünweißen Faschismus“ fertig werden zu können, trieb den zunächst improvisierenden Kanzler in die Arme der Heimwehr, deren paramilitä-

rische Verbände und radikale Forderungen ihn stützen sollten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß nach ungarischen Quellen Ministerpräsident Gömbös Mussolini erneut am Österreich-Problem interessierte, weil Ungarn eine eventuelle demokratische Front aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen in Österreich fürchtete und andererseits Italien nicht gewillt war, ein Eindringen der deutschen Politik in den Donaauraum nach der Machtübernahme Hitlers zu dulden²⁹⁾.

Die taktisch unkluge Opposition der Sozialdemokraten gegen die Lausanner Anleihe ließ in Dollfuß den Entschluß reifen, sowohl der Heimwehr als auch Mussolini nachzugeben. Der Eintritt des Wiener Heimwehrführers Emil Fey am 17. Oktober 1932 in das Kabinett war ein Alarmzeichen³⁰⁾. Fey baute — scheinbar zur Abwehr der immer stärker werdenden Nationalsozialisten — seine Heimwehrverbände in die Exekutive ein, um sich damit neben dem Bundesheer eine bewaffnete Macht zu schaffen, deren gefahrdrohende Konkurrenz einsichtige Politiker und Offiziere sehr bald erkannten. Als im Zuge des stärkeren Vordringens des Heimwehreinflusses durch die sogenannte „Hirtenberger Waffenaffäre“ das Problem der bewaffneten Formationen in Österreich internationale Wellen schlug, wurde es immer klarer, daß im Moment, da Hitler nach seiner Machtübernahme um jeden Preis in Österreich den Durchbruch seiner Partei erzielen wollte, Italien zum Schutzherren Österreichs wurde, und zwar mit Zustimmung der an Österreich wenig interessierten Großmächte.

In dieser eigentümlichen doppelten Abwehrstellung nach innen und außen kamen dem Kanzler die Ereignisse vom 4. März 1933, als der Nationalrat durch Rücktritt seiner drei Präsidenten geschäftsunfähig geworden war, sehr gelegen und zwangen ihn zum Handeln. Unter dem Einfluß der Heimwehr, aber auch einer Reihe anderer Beraterkreise, zu denen sicherlich der spätere Wiener Bürgermeister Schmitz³¹⁾ zu zählen ist, erließ der Kanzler am 7. März eine Proklamation, in der von einer Parlamentskrise, aber nicht von einer

²⁶⁾ Statistisches Handbuch der Republik Österreich, 13. Jg. 1932, Wien o. J.

²⁷⁾ Gerhard Jagschitz, Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß. Ein Beitrag zur geistig-politischen Situation der sogenannten „Kriegsgeneration“ des Ersten Weltkrieges, phil. Diss., Wien 1967.

²⁸⁾ Grete Klingenstein, Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931—1934, in: Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 5, Wien-Graz 1965.

²⁹⁾ Kerekes, a. a. O., S. 136 ff.

³⁰⁾ Franz Oswald, Die Stellung von Major a. D. Emil Fey in der Politik der Ersten Republik und des Ständestaates, phil. Diss., Wien 1964.

³¹⁾ Fritz Braun, Der politische Lebensweg des Bürgermeisters Richard Schmitz. Beiträge zur Innenpolitik der Ersten Republik Österreich und zur Geschichte der christlichsozialen Partei, phil. Diss., Wien 1968.

Staatskrise die Rede war und in der der Entschluß der Regierung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bekanntgegeben wurde. Die rechtliche Basis für diesen ersten Schritt weg von der Verfassung waren Notverordnungen, die sich auf das im Jahre 1917

erlassene Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz stützten, das nun von Dr. Robert Hecht, dem ersten Sektionschef des Heeresministeriums, dem Kanzler als Grundlage für alle weiteren außerordentlichen Maßnahmen präsentiert wurde³²⁾.

Frontstellung gegen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus

Der Staatsapparat, im besonderen die Exekutive, die Industrie, vor allem aber die Bauernschaft, waren das Fundament für diese Maßnahmen, die jenes System einleiteten, welches Dollfuß selbst als „autoritär-ständisch“ bezeichnete und das bis zu seiner letzten Phase im Jahre 1938 nicht faschistisch strukturiert war, sondern sich auf die feudalistischen Traditionen des altösterreichischen Polizeisystems stützte und sich in ad hoc gegenüber dem Nationalsozialismus gebildeten, staatsparteiähnlichen Formen organisierte. Dabei kam ihm der Umstand zugute, daß die sozialdemokratische Parteiführung, gelähmt durch die Ereignisse des 4. März und durch die Verhinderung einer neuerlichen Parlamentssitzung am 15. März durch die Kriminalpolizei, die letzte Chance vergab, mit dem Mittel des Generalstreiks der Regierung entgegenzutreten³³⁾. Diese ging nun mit einer Reihe von Notverordnungen und Versammlungsverboten gegen die beiden Oppositionsgruppen vor und verbot den Republikanischen Schutzbund. Das Verbot der traditionellen Maikundgebung der Sozialdemokratischen Partei in Wien war der Höhepunkt dieser für Dollfuß krisenhaften Wochen, da er fürchten mußte, mit dem stärksten Gegner die Klagen kreuzen zu müssen.

Die Nationalsozialisten, gestärkt durch Hitlers Machtübernahme und angeheizt durch die Forderung der Landesleitung der NSDAP Österreich nach raschen Erfolgen gegenüber der Regierung Dollfuß, brachten das kaum etablierte autoritäre System in eine bedrohliche Krise. Die nationalsozialistische Terrorwelle seit März 1933, Hitlers Entschluß, radikal vorzugehen, führten am 19. Juni zum Parteiverbot der NSDAP, zur „Tausendmarksperr“ und der Aufstellung einer Österreichischen Legion auf deutschem Boden, die sich aus arbeitslosen nationalsozialistischen Flücht-

lingen zusammensetzte — kein Wunder in einem Land, in dem sich 1932 die Massenarbeitslosigkeit an der Sechshunderttausendergrenze bewegte. Dollfuß war sich darüber im klaren, daß sich der autoritäre Ständestaat, von dem er, aber auch seine engsten Mitarbeiter, wie z. B. Schuschnigg, seit März sprachen, nicht nur allein durch Verfassungsmanipulationen durchsetzen ließ, sondern einer Institution bedurfte, die als Sammelbewegung die Abkehr vom Parteienstaat proklamieren sollte und gleichzeitig ein politisches Machtinstrument in der Hand von Dollfuß werden mußte.

Die im Mai gegründete *Vaterländische Front* war die gesuchte Institution, wobei allerdings die Ideologie dieser neuen Organisation, die sich auch gegen die christlichsoziale Partei und alle anderen Parteien richtete, ein Gemisch verschiedenster Ideen darstellte³⁴⁾. In einer Beschreibung aus der Zeit heißt es: „Dieses österreichische Wesen forderte eine deutsche und christliche Ordnung des öffentlichen Lebens. Und da der Führer des neuen Österreich, Kanzler Dollfuß, am 11. September auf dem Wiener Trabrennplatz unter dem unbeschreiblichen Jubel des Volkes, den deutschen, ständischen, christlichen Staat proklamierte . . . , war es der Aufbruch eines Volkes, wie ihn die Geschichte in Jahrhunderten nur einmal sieht.“³⁵⁾ In derselben Kundgebung hatte Dollfuß eine scharfe Absage an den Nationalsozialismus, den Marxismus und den Liberalismus gegeben — in Absprache mit jener Macht, die sich nun auch bei der innenpolitischen Umformung der österreichischen Republik massiv einschaltete und für den Bundeskanzler in seiner Auseinandersetzung mit Sozialdemokratie und Nationalsozialismus zur

³⁴⁾ Irmgard Bärnthaler, *Geschichte und Organisation der Vaterländischen Front*. Ein Beitrag zum Verständnis totalitärer Organisationen, phil. Diss., Wien 1964.

³⁵⁾ Johannes Messner, *Dollfuß*, Innsbruck 1935, S. 41; vgl. auch Felix Kreissler, *Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938*, Wien-Frankfurt-Zürich 1970, S. 220 f.

³²⁾ Peter Huemer, *Sektionschef Dr. Robert Hecht und die Entstehung der ständisch-autoritären Verfassung in Österreich*, phil. Diss., Wien 1968.

³³⁾ Leser, a. a. O., S. 462 ff.

einzigsten Stütze wurde, nämlich Italien. Der von Adolf Schärf eingeleitete Briefwechsel zwischen Mussolini und Dollfuß³⁶⁾ erweist, wie stark in den wöchentlichen Ratschlägen der italienische Ministerpräsident Mussolini, der in Wien durch einen eigenen Spezialbeauftragten der faschistischen Partei, Morreale, den Kanzler und die Heimwehr überwachen ließ, die Ausformung des neuen Systems vorantrieb. Der Gedanke, eine Sammelbewegung gegen die Parteien zu gründen, um damit vor allem den Marxismus zu bekämpfen, stammte vornehmlich aus dem italienischen Bestreben, durch die Etablierung einer österreichischen Spielart autoritärer Ideologien dem Nationalsozialismus entgegenzutreten. Deshalb wies auch das äußere Erscheinungsbild der Vaterländischen Front, die sich bis 1938 Schritt für Schritt zu einer Staatspartei nach dem Muster Italiens oder Deutschlands entwickeln sollte, manches an peinlichen Parallelen zur nationalsozialistischen Propaganda auf: dem Hakenkreuz wurde das Krukenkreuz entgegengesetzt, der Führerkult, zumindest in Äußerlichkeiten, nachgeahmt und manches bis in Details der Uniformen dem Brauchtum des Faschismus und Nationalsozialismus entlehnt. So radikal sich die Vaterländische Front — zum größten Teil aus Christlichsozialen und Heimwehren zusammengesetzt — zunächst gab, so war sie doch nur eine Fassade der verschiedensten Strömungen innerhalb der Regierung, die nun daran ging, unter allen Umständen den Doppelkampf gegen Hitler und die Sozialdemokratie zu gewinnen. Ein Verfassungsumbau, der ein Abrücken von der parlamentarischen Demokratie bedeutete, wurde eingeleitet und die letzten Kontrollorgane, vor allem der Verfassungsgerichtshof, ausgeschaltet³⁷⁾.

Diesem Prozeß stand die Sozialdemokratische Partei, die zwar das Verbot der Nationalsozialisten begrüßt hatte, aber nun auf sich selbst die Gefahr zukommen sah, mit einer sich steigenden Lähmung gegenüber. Das Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterkammern, außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiet des Rechtswesens und der öffentlichen Sicherheit alarmierten zwar die Sozialdemokratie, jedoch beschränkte man sich auf Proteste. Der letzte Parteitag im Jahre 1933 beschloß, für den Fall der Auflösung der Partei oder der Gewerkschaften sowie der Besetzung des Wiener

Rathauses durch einen Regierungskommissar und die gewaltsame Proklamierung einer faschistischen Verfassung den Kampf aufzunehmen. Keineswegs jedoch handelte man im Sinne der jahrelangen revolutionären Phraseologie oder war bereit, die noch vorhandenen Waffen einzusetzen. Otto Bauer tröstete sich damit, daß man sowohl die deutsche als auch die österreichische Diktatur sozusagen „überdauern“ würde, ja er schrieb sogar im theoretischen Organ der Sozialdemokratie, im „Kampf“, im Januar 1934 einen Artikel mit einer positiven Kritik des Ständegedankens³⁸⁾.

Der 12. Februar 1934 (Putschversuch der Marxisten), von dem wir heute wissen, daß er auf italienisches Drängen herbeigeführt wurde, zerriß die letzten Fäden zwischen der Regierung und der linken Opposition. Der Bürgerkrieg, die furchtbarste Wunde in der jüngsten österreichischen Geschichte, beschleunigte die Entwicklung auf allen Ebenen. Nun konnte man, die zerschlagenen Parteien im Untergrund bekämpfend, die langersehnte Verfassungsänderung durchführen, wobei man sich allerdings davor scheute, dies als revolutionären Akt zu setzen. Es wurde vielmehr durch ein Gemisch von Verfassungsbruch und Verfassungstreue mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes und der Zustimmung der noch vorhandenen christlichsozialen und Heimwehr-Abgeordneten am 30. April eine neue Verfassung in Kraft gesetzt³⁹⁾. Die Umwege waren der Position der Regierung sehr abträglich, denn die Propaganda der Gegner im In- und Ausland konnte mühelos den Verfassungsbruch nachweisen.

Die neue Verfassungsurkunde, in einem feierlichen Staatsakt verkündet, vereinigte alle Elemente einer autoritären und ständischen Ordnung in sich; sie sah vier vorbereitende Organe vor, wobei allerdings die Regierung selbst das Zentrum des neuen Apparates wurde. Die Führungsposition des Kanzlers mit einer ausgeprägten Richtlinienkompetenz wurde ausdrücklich betont. Von der Regierung gingen die Impulse zu allen Neuerungen im Staat und in den Ständen aus. Zu einer Selbstverwaltungstätigkeit der letzteren ist es jedoch niemals gekommen. Selbst der Bundes-

³⁸⁾ Leser, a. a. O., S. 484.

³⁹⁾ Otto Ender, Die neue österreichische Verfassung mit dem Text des Konkordates, Wien-Leipzig 1934. Zur Kritik der Maiverfassung von rechter Seite siehe: Adolf Merkl, Die ständisch-autoritäre Verfassung Österreichs, Wien 1935.

³⁶⁾ Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß, Wien 1949.

³⁷⁾ Huemer, a. a. O., S. 347 ff.

präsident, der übrigens die Verfassung nicht sanktionierte, wurde eine Schattenfigur. Zur Unterstützung dieser autoritären Verfassung, die starke Züge der Bürokratie Alt-Österreichs trug, war die Vaterländische Front, die man mehr und mehr im staatlichen Leben verankerte, bestimmt, wobei ein Kritiker der damaligen Zeit und Hauptmitarbeiter am Verfassungswerk, nämlich Sektionschef Hecht, in einem geheimen Memorandum folgendes feststellte:

„In diesem Zusammenhang darf auch die Bedeutung der ‚Vaterländischen Front‘ nicht überschätzt werden. Wie groß der propagandistische Wert der ‚Vaterländischen Front‘ auch sein mag, es wäre ein schwerer Fehler, ihre politische Bedeutung, ihre Bedeutung für die Fundierung der Autoritätsregierung, zu überschätzen. Was immer die Autoritätsregierung unternimmt, sie kann die Tatsache, daß sie sich evolutionär aus einer parlamentarischen Regierung entwickelt hat, nicht beseitigen. Sie kann nicht politisch-revolutionären Charakter gewinnen wie die nationalsozialistische Regierung in Deutschland oder das faschistische Regime in Italien, die ihn von ihrem Ursprung her besitzen; demgemäß kann auch die ‚Vaterländische Front‘ nie die Bedeutung einer primären, revolutionären Volksbewegung gewinnen, wie sie der nationalsozialistischen

oder faschistischen Bewegung zukommt. Aus dieser ‚Vaterländischen Front‘ wird niemals der große ‚Faschistenrat‘ entstehen. Man kann wohl noch außerordentlich viel tun, um die einzelnen Teile der ‚Vaterländischen Front‘ enger miteinander zu verknüpfen, man kann sie noch weitaus einheitlicher organisieren; aber sie wird, ihrer ganzen Entwicklung und Zusammensetzung nach, niemals ihren österreichischen Vereinscharakter mit ihrer spezifisch wienerischen Kaffeehausfärbung verlieren. Es ist ausgeschlossen, daß etwa die christlichsoziale Partei, Heimwehren, die einzelnen Teile der nationalständischen Front wirklich in ihr aufgehen, daß aus ihr sich eine einzige, einheitliche, österreichische, mächtige Volksbewegung bildet.

Das bedeutet nicht, daß die Autoritätsregierung sich der ‚Vaterländischen Front‘ nicht bedienen, nicht alle, die ihrem Programm zustimmen, in ihr sammeln soll. Aber die politischen Grundlagen, das Fundament der Macht der Autoritätsregierung kann auch die ‚Vaterländische Front‘ niemals darstellen. Trotz des Bestehens der ‚Vaterländischen Front‘ beruht die Autorität der Regierung nicht auf einem Massenmandat zur Führung, sondern auf dem Willen der Regierung, das Maß an Macht, das sie besitzt, bis zur Grenze des Möglichen zu gebrauchen.“⁴⁰⁾

Zementierung des zentralistischen Verwaltungsstaats

Eine Etablierung der neuen Organisationsformen, ja sogar die da und dort angekündigten Wahlen in berufsständische Körperschaften konnte der Bundeskanzler nicht mehr erleben. Am 25. Juli 1934 fiel Dr. Dollfuß unter den Kugeln von Angehörigen der SS-Standarte 89, welche auf Befehl Hitlers jenen Putsch durchführten, dessen Verlauf blitzartig die labile Situation Österreichs zeigte. Wie wir heute wissen, standen italienische und jugoslawische Truppen bereit, selbst mit dem Risiko eines bewaffneten Zusammenstoßes auf österreichischem Boden, einzumarschieren, wobei Italien unter Umständen die Aufteilung Österreichs mit Ungarn in die Wege geleitet hätte⁴¹⁾.

Der Nationalsozialismus, nun in eine beispiellose Niederlage gedrängt, hielt sich jedoch im

Untergrund ebenso zäh wie die Sozialdemokraten, wobei er in seiner unterirdischen Propaganda der Genugtuung über das gewaltsame Ende des Kanzlers Ausdruck gab. War angesichts der Julikrise, die um ein Haar Mitteleuropa an den Rand des Krieges brachte, durch einen Personenwechsel auch ein Systemwechsel möglich? An die Spitze der Regierung trat auf Wunsch des Bundespräsidenten Miklas der bisherige Unterrichtsminister Dr. Kurt von Schuschnigg, christlichsozialer Abgeordneter, Führer des katholisch-monarchistischen Wehrverbandes, der „Ostmärkischen Sturmsharen“, und Vertrauensmann hoher kirchlicher Kreise, in seiner Veranlagung nicht der Improvisator wie Dollfuß, der an seinen geschichtlich vorgezeichneten Weg bis zu seiner Todesstunde glaubte, sondern ein feinsinniger, zurückhaltender Typ, der mehr in den Bereich der Wis-

⁴¹⁾ Ludwig Jedlicka, Aufteilungs- und Einmarschpläne, a. a. O.

⁴⁰⁾ Franz Winkler, Die Diktatur in Österreich, Zürich-Leipzig 1935, S. 114.

senschaften gepaßt hätte. Sein Gegenspieler in der Regierung blieb zunächst noch der Führer der Heimwehren, Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg, der auf dem Umweg über Freikorps, Nationalsozialismus und rechten Flügel der Heimwehren zum Vertreter der echt faschistischen Richtung dieser Bewegung geworden war. Zunächst forderte er noch eine Teilung der Macht, indem er als Vizekanzler in der neuen Regierung Schuschnigg wieder Positionen einnahm, die Dollfuß kurz vor seinem Tode den Heimwehren abgerungen hatte ⁴²⁾ — ein Vorgang, der um so erstaunlicher ist, als der Heimwehrführer Fey während der Vorgänge am 25. Juli auf dem Ballhausplatz in Mißkredit geraten war.

Schuschnigg hätte, selbst wenn er dazu gewillt war, eine Abkehr von der „Dollfuß-Straße“ — wie man propagandistisch den autoritären Kurs nannte — nicht durchführen können. Die erste Begegnung mit Mussolini im August 1934 bewies ihm schon, daß Italien nicht nur entschlossen war, Österreich aufzurüsten, sondern auch die Einmarschdrohungen des Juli 1934 für jeden weiteren Eventualfall Geltung hatten, worauf sich dann die militärischen Besprechungen zwischen dem österreichischen Bundesheer und der italienischen Armee in den Jahren 1934 bis 1936 gründeten,

die eine Abwehrstellung österreichisch-italienischer Divisionen in Tirol, Salzburg und Oberösterreich gegen einen deutschen Einmarsch vorsahen. Der Kanzler wurde auch ermahnt, die von Dollfuß eingegangenen Verpflichtungen, darunter das Durchmarschrecht Italiens gegen Jugoslawien durch Österreich, einzuhalten und den Kurs im Inneren fortzusetzen ⁴³⁾. Schuschnigg hatte zwar unter dem Eindruck des tragischen Todes seines Vorgängers und um die schlechte außenpolitische Fernwirkung der Februarereignisse bei den Westmächten zu verwischen, versucht, Kontakte mit Frankreich und England aufzunehmen, um die österreichische Unabhängigkeit garantieren zu lassen. Im Inneren blieb es bei der Zementierung des bisherigen Systems, das nun mehr und mehr zum zentralistischen Verwaltungsstaat ausgestaltet wurde. Schon die ersten Schritte, den berufsständischen Umbau durchzuführen, konfrontierten jedoch die Regierung mit der Wirklichkeit der politischen Lager, von denen zwei, das nationale — wie man jetzt verschämt auch die Nationalsozialisten bezeichnete — und das sozialdemokratische, im Untergrund gegen die Regierung kämpften; ein Abnutzungskampf, der in den hohen Ziffern der Verurteilungen und den wachsenden Zahlen der Häftlinge in den Lagern zum Ausdruck kam.

Die Vaterländische Front als Katalysator

Zunächst drängte sich die Frage auf, wie man die Arbeiterschaft, die infolge der Ereignisse des Februar 1934 dem neuen Staat verbittert gegenüberstand, gewinnen könnte. Schon Dr. Dollfuß hatte seinen Jugendfreund und Regimentskameraden, den Wiener Soziologen Dr. Ernst Karl Winter ⁴⁴⁾, einen der brilliantesten Denker der jungen katholischen Elite des Landes, zum dritten Vizebürgermeister von Wien gemacht, um ihm die Aufgabe der Gewinnung der Arbeiterschaft durch direkte Aussprache und Kontaktnahme zu übertragen. Die „Aktion Winter“, welche darauf hinauslief, die ehemaligen Sozialdemokraten der Illegalität zu entreißen und sie vor allem gleichsam

„wertneutral“ in die Vaterländische Front einzubauen, stieß auf heftigsten Widerstand in Kreisen der Heimwehrführung, aber auch der Industrie, da man fürchtete, die nach dem Februar 1934 besetzten Positionen in den Arbeiterkammern, dem neuen regierungstreuen Gewerkschaftsbund, den Konsumgenossenschaften etc. zu verlieren.

Darüber hinaus aber war man nicht gewillt, von Regierungsseite zu einer echten Versöhnung zu schreiten, obgleich da und dort Einzelgespräche stattfanden und eine Reihe jüngerer Politiker aus den Kreisen der Vaterländischen Front darauf drängte, den Einbau der sozialdemokratischen Arbeiter selbst unter Deklaration ihrer Gesinnung in das neue Ständestaatssystem durchzuführen. Es sei nur an Alfred Maletas' aufsehenerregendes Buch „Der Sozialist im Dollfuß-Osterreich“ erinnert, das

⁴²⁾ Barbara Berger, Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg. Versuch einer Biographie, phil. Diss., Wien 1967.

⁴⁴⁾ Ernst Karl Winter, Christentum und Zivilisation, Wien 1956; vgl. auch: Ludwig Reichhold, Opposition gegen den autoritären Staat. Christlicher Antifaschismus 1934—1938, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964.

⁴³⁾ Ludwig Jedlicka, Aufteilungs- und Einmarschpläne, a. a. O.

1936 erschienen, zwei Jahre später dem Verfasser eine vieljährige KZ-Haft in Dachau eintrug, da er mit seinen Ideen den Nationalsozialisten, die sich ebenfalls um einen Durchbruch in das Lager der Arbeiter bemühten, in die Quere kam. Nicht nur Schuschniggs persönliche Abneigung gegen die Sozialdemokratie war für das Ausbleiben eines Ausgleichs mit der Arbeiterschaft verantwortlich zu machen, sondern auch die Tatsache, daß er bei jedem Annäherungsversuch von seiten des italienischen Schutzherrn, von der nationalsozialistischen Propaganda und schließlich auch von der ungarischen Regierung, die sich gern in der Rolle eines politischen Sittenrichters in Österreich gefiel, der „Volksfrontmethoden“ geziehen werden könnte. In dem großen Prozeß gegen illegale Sozialisten im Jahre 1936 rief der junge Student Bruno Kreisky aus, daß die Regierung eines Tages gezwungen sein könnte, in einer Stunde der Gefahr auch die Arbeiterschaft zum Widerstand aufrufen zu müssen; er erhielt dafür mehr als ein Jahr Zuchthausstrafe⁴⁵⁾.

Selbst die von der Regierung mit Hilfe des neuen Gewerkschaftsbundes (der trotz aller Pressionen kaum die Hälfte der Mitgliederzahlen der ehemaligen freien Gewerkschaften erreichte) durchgeführte Wahl der Betriebsräte, die man jetzt Werksgemeinschaften nannte, brachte eine beschämende Niederlage der Regierungskandidaten, da alle von der illegalen Sozialdemokratie vorgeschobenen Vertrauensmänner die Mehrheit erzielten. Andererseits war sich Otto Bauer im Exil in Brünn nicht darüber im klaren, daß die Zeit gegen seine Prophezeiung von der Kürze des autoritären Regimes arbeitete. Renner sah die Situation viel klarer und fürchtete vor allem

eine Hinwendung der Jugend zum Nationalsozialismus oder zu der bis 1934 bedeutungslosen KPO⁴⁶⁾. Mit der Realität der Sozialdemokratie mußte jedoch die Regierung rechnen, als im Februar 1938 nach der Begegnung Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden der große Dambruch eintrat und durch das Auftreten der Nationalsozialisten (am 18. Februar 1938 wurde der Nationalsozialist Seyß-Inquart Innenminister) die Fiktion von der überparteilichen Vaterländischen Front über Nacht zerbrach.

Viel zu spät gewährte die Regierung jetzt Gewerkschaftsvertretern und sogar Führern des Republikanischen Schutzbundes Mitspracherecht, und Schuschnigg nahm in sein letztes Kabinett, das er ausdrücklich als „überparteilich“ bezeichnete, einen erklärten Sozialisten, nämlich Staatssekretär Watzek, auf. Viel erfolgreicher war dagegen das Drängen der Nationalsozialisten auf Mitspracherecht, da nach dem mißglückten Putschversuch im Juli 1934 infolge der zunehmenden Deckung der österreichischen Nationalsozialisten durch Deutschland Besprechungen in Gang gekommen waren, welche auf ein Ende der ‚Bombenpolitik‘ zugunsten eines evolutionären Weges hinauslaufen sollten. Hitler hat diesen doppelten Weg sehr gefördert. Die Kreise der sogenannten „betont Nationalen“, welche die im Untergrund gebliebene Partei unterstützten, umfaßten starke Gruppen der sogenannten Katholisch-Nationalen, von denen etwa Hugelmann und Seyß-Inquart hervortraten. Der Einbau einer eigenen nationalen Gruppe in die Vaterländische Front konnte aber zunächst ebenso wenig geduldet werden wie der einer sozialistischen, da man damit das Grundkonzept aufgegeben hätte⁴⁷⁾.

Außenpolitische Isolierung und innenpolitische Nazifizierung

Mit dem deutsch-österreichischen Abkommen vom 11. Juli 1937 über die Wiederherstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern begann jedoch sehr rasch der Einfluß der Nationalen zu steigen, die nicht nur einen Sprechminister in Glaise-Horstenaü besaßen, sondern sich auch mittels der Kautschukparagrafen des Juli-Abkommens, die dauernde Interventionen des Dritten Reiches ermöglichten durchzusetzen

⁴⁵⁾ Inez Kykal, Der Sozialistenprozeß 1936, phil. Diss., Wien 1968, S. 203.

⁴⁶⁾ Vgl. die entsprechenden Abschnitte bei Hannak, a. a. O.

verstanden. Bezeichnenderweise ist schon 1937 entgegen dem Widerstand Schuschniggs durch ein sogenanntes „Volkspolitisches Referat“, dessen Führung Seyß-Inquart im Rahmen der Vaterländischen Front übernahm, die Sektionalisierung der Vaterländischen Front eingeleitet worden. Aus diesem Gebilde ging die letzte Landesleitung der NSDAP im Untergrund hervor, welche die Machtübernahme groteskerweise also mit Hilfe des Systems vorbereitete.

⁴⁷⁾ Wolfgang Rosar, Arthur Seyß-Inquart in der österreichischen Anschlussbewegung, phil. Diss., Wien 1969.

Der Einheit der Regierung aber erwuchs auch in den Wehrverbänden, vor allem im Heimatschutz, ein scharfer Gegner, der leicht in eine ähnliche Rolle wie die SA im Jahre 1934 hätte geraten können. Es ist nur Starhembergs Loyalität zu danken gewesen, daß dessen Wehrverbände nicht über Nacht entmachtet und die bewaffneten Garden in eine Miliz eingegliedert wurden, welche man dem Bundesheer unterstellt hätte, in dessen Oberkommando schon immer alle bewaffneten Formationen mit Mißtrauen betrachtet wurden⁴⁸⁾. Daß die Heimwehr weder ideell noch gestaltend an dieser Schlußphase teilnehmen konnte, lag an ihrer Ideenlosigkeit. Der Schuschnigg am nächsten stehende Wehrverband, seine „Sturmscharen“, löste sich geschickt im richtigen Moment auf.

Eine besondere innen- und außenpolitische Komponente, die bei der Schilderung der Struktur des autoritären Regimes nicht übersehen werden darf, ist die von Dollfuß geförderte und von Schuschnigg, aber auch Starhemberg, forcierte monarchistische Bewegung in Österreich gewesen. Gewachsen aus kleinen Vereinigungen und unterstützt von manchen Kreisen der Kirche waren die Monarchisten, denen man ebenfalls ein Traditionsreferat und damit eine Sektion zuteilen mußte, ein sehr wichtiger Faktor, weil sie als bewußte Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und den ‚Anschluß‘ auftraten. Diese Gruppe stand aber in ihrem linken Flügel wieder im Gegensatz zu Schuschnigg, da Ernst Karl Winter, der aus ihren Reihen kam, ebenso wie Otto von Habsburg-Lothringen die Versöhnung mit der Arbeiterschaft im Rahmen einer kommenden sozialen Monarchie predigten. Daß diese Tendenzen des Regimes außenpolitisch die Schwächung der österreichischen Position beschleunigten, kann man aus deutschen Akten ebenso ersehen wie aus dem erschütternden Briefwechsel zwischen Otto von Habsburg und Schuschnigg am Vorabend der März-Ereignisse des Jahres 1938⁴⁹⁾.

⁴⁸⁾ Ernst Rüdiger Starhemberg, Aufzeichnungen bis zum Jahre 1938, verfaßt während des Zweiten Weltkrieges in London. Unveröffentlichtes Manuskript, Institut für Zeitgeschichte, Wien.

⁴⁹⁾ In: Die Österreichische Post, 1. Jg., Nr. 4, Paris, 1. 2. 1939. Vgl. auch: Österreichische Akademische Blätter. Festschrift 30 Semester „Maximiliana“, hrsg. v. Bundeskonvent der Österreichischen Landsmannschaften, Wien 1936.

Diese Überschneidung der verschiedensten Strömungen im Hintergrund, das Kräfteparallelogramm von außen- und innenpolitischen Komponenten, mußte zum Zusammenbruch führen, da 1937 Italien seine Hand von Österreich abzog, ja Mussolini, wie wir aus Cianos Tagebuch wissen, die Nazifizierung Österreichs gewiß nicht verhindern würde⁵⁰⁾. Bei der Isolierung der österreichischen Außenpolitik, die schon 1937 weder im Westen noch bei der Kleinen Entente eine Deckung erhielt, war es nur eine Frage der Zeit, wann Hitler, dessen Pressionen auf wirtschaftliche und politische Gleichschaltung unter gleichzeitiger Durchdringung des ständestaatlichen Systems mit nationalsozialistischen Organisationen schon beim Neurath-Besuch spürbar wurden, die Früchte seiner jahrelangen Politik ernten konnte⁵¹⁾.

Der 12. Februar 1938, mit dem plötzlichen Auftreten der Nationalsozialisten als kompletter Partei, zog, wie schon erwähnt, die Ansätze einer Teillegalisierung der Sozialdemokratie nach sich, und alle anderen Gruppen des einstmaligen österreichischen Nationalrates, einschließlich des Heimatschutzes, verlangten ihre Mitbestimmung an dem Geschehen der letzten Wochen Österreichs, wie man etwa aus Starhembergs Korrespondenz aus dem Schweizer Exil mit österreichischen Heimatfreunden und Hitler ersehen kann⁵²⁾. Wenn der Kanzler in seiner Rede am 24. Februar 1938 ausdrücklich von der „Verfassung“ sprach, „die keinen Parteienstaat und keine Parteien kenne“, so hatten ihm die politischen Entwicklungen der letzten Tage die Wirklichkeit gezeigt: das Zerbrechen des mühsam aufgebauten autoritären Regimes und das Wiederaufleben all jener politischen Strömungen, die 1933 angeblich beseitigt worden waren. Der Untergang Österreichs, wobei der Anschluß und seine Hintergründe mehr und mehr von der Forschung auch von der ökonomischen und wehrpolitischen Seite rich-

⁵⁰⁾ Galeazzo Ciano, Tagebücher 1937/38, Hamburg 1949, S. 78.

⁵¹⁾ Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945, Serie D, Bd. 1, Baden-Baden 1950, S. 326 ff.

⁵²⁾ Ludwig Jedlicka, Ernst Rüdiger von Starhemberg und die politische Entwicklung in Österreich im Frühjahr 1938, in: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, hrsg. vom Institut für Österreichische Geschichtsforschung und von der Wiener Katholischen Akademie, Graz-Wien-Köln 1965, S. 547—564.

tig erkannt werden⁵³), beendete den Ständestaat. Seine Aufgabe, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu verstärken, hat er zweifellos aus der merkwürdigen Koordinierung katholisch-österreichischer und feudalistischer Gedankengänge mit den Mitteln des Obrigkeitsstaates erfüllt. Seine Organisationsformen sind auch heute noch in der österreichischen Staatswirklichkeit vorhanden, et-

⁵³) Peter Gschaider, Das Österreichische Bundesheer 1938 und seine Überführung in die Deutsche Wehrmacht, phil. Diss., Wien 1967; Norbert Schausberger, Geschichte der Rüstungsindustrie auf dem Gebiet der sogenannten Donau- und Alpenreichsgaue 1938—1945, phil. Diss., Wien 1967; Liselotte Wittek-Saltzberg, Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, phil. Diss., Wien 1970.

wa im überparteilichen Gewerkschaftsbund, in der Institution der Kammern und anderer Selbstverwaltungskörperschaften⁵⁴). Auch darf nicht übersehen werden, daß die Beteiligten aller Fronten des 12. Februar 1934 vier Jahre später in den KZ-Lagerstraßen des Dritten Reiches zusammentrafen. Aus ihren Leiden und Erkenntnissen entstand die Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit der Wiedererrichtung Österreichs im Jahre 1945. Aus dem Staat, der 1918 abgelehnt wurde, ist heute die österreichische Republik mit einem gefestigten Staatsbewußtsein geworden.

⁵⁴) Herbert Schambeck, Kammerorganisation und Ständeordnung, in: Kummer-Festschrift, S. 443, Wien 1965.

Konservatismus

Versuch zu einer kritisch-historischen Theorie

Teil I: Geschichtswissenschaft und Konservatismus

Vorbemerkung

Die im folgenden vorgetragenen Überlegungen sind als ein Versuch zu einer kritisch-historischen Theorie des Konservatismus zu werten. Da es sich um Denkansätze handelt, kann selbstverständlich kein Anspruch auf die Vollständigkeit, Geschlossenheit oder gar Ausschließlichkeit des hier vorgelegten Konservatismusmodells erhoben werden. Andere, auch konträre, theoretische Ansätze sind möglich, und sie wären zur Belebung der theoretischen Diskussion innerhalb der Geschichtswissenschaft sicherlich auch wünschenswert.

Überlegungen zum Geschichtsbegriff

In Droysens „Historik“ findet sich der Satz: „Die Geschichte ist das Bewußtsein und Bewußtwerden der Menschheit über sich selbst.“¹⁾ Nach dieser Aussage ist Geschichte mehr als bloße Erinnerung an die Vergangenheit. Sie ist Reflexion der Gesellschaft über sich selbst und damit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zugleich. Die Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist keineswegs nur musealer Natur, und sie kann sich auch nicht darauf beschränken, dem Zeitgenossen als scheinbar unbefangenen Zuschauer ein Kaleidoskop der Vergangenheit vorzuführen oder gar vorzuzaubern. In diesem Verständnis ist die Geschichtswissenschaft praktische Philosophie, deren letzter Maßstab die Zukunft ist. Sie ist nicht *l'art pour l'art* oder nur Kontemplation, sondern „moral science“ und steht in einem direkten Bezug zum menschlich-gesellschaftlichen Handeln. Zwar kann die Geschichtswissenschaft keine praktischen Rezepte anbieten, weil sich die Geschichte nicht wiederholt, aber sie kann die Zukunft mitbestimmen. Die Geschichte muß sich zur Zukunft hin öffnen²⁾.

„Gesellschaft enthüllt sich“, bemerkt Habermas, „in den Tendenzen ihrer geschichtlichen Entwicklung, also in den Gesetzen ihrer historischen Bewegung erst von dem her, was sie nicht ist.“³⁾

Die Geschichte als Bewußtsein, das von den Menschen produziert wird, ist keine Wesenheit, die außerhalb der menschlichen Verfügbarkeit liegt, keine Schicksalsmacht, der der Mensch, wie es Jacob Burckhardt sieht, unvermeidlich seinen „passiven Tribut“ zu bezahlen hat⁴⁾. Die Geschichte ist machbar, ebenso wie die Gesellschaft machbar ist. Dieses geschichtliche Bewußtsein steuert das gesellschaftliche Handeln, auch wenn sich die Beteiligten darüber in der Regel kaum Rechenschaft ablegen.

Es wäre allerdings verfehlt, daraus zu schließen, daß nun der Historiker gleichsam der eigentliche ‚Drahtzieher‘ hinter den Kulissen sei, der dem gesellschaftlichen Prozeß Richtung und Form gibt. Der Einfluß der Historiker auf das Geschichtsbewußtsein der Gesellschaft ist relativ bescheiden. Das gesellschaftliche Geschichtsbewußtsein entsteht nicht in den Archiven und auch nicht am Schreibtisch, sondern auf dem Markt, im gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Handeln der Menschen untereinander. Der Ursprung des Geschichtsbewußtseins ist eher vulgär als akademisch. Bei aller Anerkennung der Akribie, Leistung und Originalität der Historiker ist ihre Geschichtsschreibung doch nichts anderes als „ihre Zeit in Gedanken erfaßt“⁵⁾. „Wir beschäftigen . . . uns“, so heißt es in Hegels Einleitung in die Philosophie der Weltgeschichte, „wenn wir die Vergangenheit, wie groß sie auch sei, durchlaufen, nur mit Gegenwartigem.“⁶⁾

1) J. G. Droysen, Grundriß der Historik, Halle/Saale 1925³, § 83.

2) J. Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1967⁴, S. 297.

3) Habermas, a. a. O., S. 297.

4) J. Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Berlin 1960, S. 29.

5) G. W. F. Hegel, Die Vernunft in der Geschichte, Hamburg 1955, S. 16.

6) Hegel, a. a. O., S. 183.

Parteilichkeit der Geschichtswissenschaft

Der Historiker, der sich zwar intellektuell, nicht aber tatsächlich aus der Gesellschaft, in der er lebt, zu lösen vermag, wird niemals dazu kommen, ‚reine‘ Geschichte zu schreiben, da seine Tätigkeit integrativer Bestand eines allgemeinen gesellschaftlichen Prozesses ist. Die Geschichtsschreibung ist daher notwendig im gesellschaftlichen Sinn parteiisch. Europäische Historiker des 19. Jahrhunderts wie Michelet, Guizot, Thiers, Macauley, Grote, Droysen, Sybel oder Treitschke haben aus ihrer Parteilichkeit keinen Hehl gemacht. Die gesellschaftliche Parteilichkeit ist allerdings umfassender als die politische. Sie enthält die Option für oder gegen ein bestimmtes gesellschaftliches System. In dem ersteren Fall, also der positiven Option, geschieht dies oft unbewußt und unreflektiert. Für die Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung ist dies der Normalfall. Von beamteten Universitätsprofessoren getragen, war die deutsche Geschichtsschreibung, wie es das Fischer-Lexikon „Geschichte“ feststellt, „in der Grundstimmung zumeist konservativ“⁷⁾. Aus dem konservativen Grundcharakter der deutschen Geschichtswissenschaft ergibt sich auch die Schwierigkeit, eine Theorie des Konservatismus auf historischer Grundlage zu entwickeln. Es ist auffallend, daß der Konservatismus als eine der zentralen politisch-gesellschaftlichen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts noch keine angemessene Darstellung aus der Feder eines deutschen Historikers gefunden hat.

Kritik der konservativen Geschichtswissenschaft

Zur Begründung einer kritisch-historischen Theorie des Konservatismus bedarf es zunächst der Distanzierung von einem konservativen Verständnis der Geschichtswissenschaft. Die deutsche Geschichtswissenschaft neigt dazu, ihren konservativen Charakter zu verabsolutieren, indem sie ihn zum integrierenden Bestandteil der Geschichtswissenschaft schlechthin erklärt, und methodische Verfahren, die sich aus anderen gesellschaftlichen Positionen ableiten, als unwissenschaftlich zurückzuweisen. Der grundlegende methodische Irrtum der konservativen Geschichtswissenschaft besteht darin, daß sie die Beschäftigung mit der Ver-

gangenheit eo ipso mit einer konservativen gesellschaftlichen Grundhaltung gleichsetzt.

Eine derart einseitige Definition der Geschichtswissenschaft ist wissenschaftstheoretisch unhaltbar. Die Geschichte ist prinzipiell offen und nicht vergeben. „Der Glaube an einen festen Kern historischer Fakten“, bemerkt der englische Historiker E. H. Carr in seiner Studie „Was ist Geschichte?“, „die objektiv und unabhängig von der Interpretation des Historikers bestehen, ist ein lächerlicher, aber nur schwer zu beseitigender Trugschluß.“⁸⁾ Die Geschichte steht dem Progressiven ebenso offen wie dem Konservativen. Es ist ein grobes Mißverständnis, wenn man meint, die Geschichte habe es nur mit Vergangenen zu tun. Die Geschichte hat nicht nur zwei, sondern drei Dimensionen: die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Ahistorischer Verstehensbegriff

Gerade der Progressive ist auf die Vergangenheit angewiesen, denn es gibt keine Zukunft ohne Vergangenheit. Der Progressive entwirft die Zukunft in der Auseinandersetzung mit der Gegenwart und der Vergangenheit. Für ihn reicht der Verstehensbegriff der konservativen Geschichtswissenschaft zur Deutung der Geschichte nicht aus. Die Schwäche dieses Verstehensbegriffs als heuristischen Mittels besteht darin, daß er die prinzipielle Identität von Gegenwart und Vergangenheit voraussetzt und daher nicht in der Lage ist, qualitative Veränderungen innerhalb der Geschichte begrifflich zu erfassen. Die Identitätstheorie der Geschichte ist ahistorisch, weil sie statisch ist und die Dynamik des geschichtlichen Prozesses nicht in sich einbegreift. Eine dialektische Geschichtstheorie hat gegenüber der Identitätstheorie immerhin den Vorteil, daß sie mit geschichtsadäquaten Kategorien an die Geschichte herangeht. Der progressive Historiker verwendet das Mittel der kritischen Theorie, um, wie H. U. Wehler in einer biographischen Würdigung Eckart Kehrs bemerkt, „den Teufelskreis von machtvollstem Status quo und seiner Bestätigung durch eine allein verstehende historische Betrachtung endlich durchbrechen zu können“⁹⁾.

Vertreter einer konservativen Historie beklagen heute den „Verlust der Geschichte“. Al-

⁷⁾ H. Rabe, Neuzeitliche Geschichtsschreibung, in: Fischer-Lexikon „Geschichte“, Frankfurt a. M. 1961, S. 236.

⁸⁾ E. H. Carr, Was ist Geschichte?, Stuttgart 1963, S. 12.

⁹⁾ E. Kehr, Der Primat der Innenpolitik, hrsg. u. eingel. von H. U. Wehler, Berlin 1965, S. 27.

fred Heuß stellt fest, die Geschichte habe ihren Charakter als „Erinnerung“ — ein Begriff, der ja mehr enthält als bloße Aufbereitung von Daten der Vergangenheit — verloren und sei als „Hemmungsfaktor gegenüber der Beschleunigung des Veränderungstempos“ der heutigen Gesellschaft unwirksam geworden¹⁰⁾. Aus dieser Auffassung könnte man vielleicht den umgekehrten Schluß ableiten, daß der progressive Historiker die Geschichtslosigkeit des gesellschaftlichen Bewußtseins anstrebe. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Der Progressive bedarf der Geschichte, um aus ihr die Kategorien für eine humanere Gestaltung der Zukunft zu gewinnen. Er hat an ihr ein moralisches Interesse. Auch wenn diese Einstellung ein ästhetisches Interesse an der Geschichte nicht ausschließt, so ist die Beschäftigung mit der Vergangenheit für ihn doch kein Selbstzweck. Er weiß, daß progressives gesellschaftliches Handeln ohne geschichtliches Bewußtsein nicht möglich ist.

Zur Kategorie des Fortschritts

Der progressive Historiker kann Nietzsches Plädoyer für das Unhistorische in seiner Betrachtung „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ nicht akzeptieren. Dort heißt es: „Zu allem Handeln gehört Vergessen: wie zum Leben alles Organische nicht nur Licht, sondern auch Dunkel gehört.“¹¹⁾ Im progressiven Geschichtsverständnis erhält die Geschichte ihren Wert dadurch, daß sich in ihr die Gesellschaft kritisch reflektiert und sich selbst ins Bewußtsein hebt. Gerade diese Funktion der Geschichte lehnt Nietzsche ab: „Es gibt einen Grad von Schlaflosigkeit, von Wiederkauen, von historischem Sinne, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt und zuletzt zugrunde geht, sei es nun ein Mensch, ein Volk oder eine Kultur.“¹²⁾

Die Konsequenz, die in einer solchen Theorie enthalten ist, ist die eines blinden Aktivismus, dem der geschichtliche und damit der menschliche Maßstab verlorenght. Auch der Fortschritt kann leicht mit einem solchen Aktivismus, der seinen Maßstab allein aus der Gegenwart bezieht, verwechselt werden. Fortschritt ist jedoch nur dann human, wenn er sich geschichtlich versteht und die Vergangenheit mit einbegreift. Nicht jeder „Fortschritt“, der unter

der Flagge der Modernität einhersegelt, ist progressiv. Mißt man den Fortschritt ausschließlich nach den Maßstäben des technischen Fortschritts, so zählen die beiden Weltkriege und die heutige Rüstungsindustrie und -organisation vielleicht zu den größten Fortschritten des 20. Jahrhunderts.

Konservative und progressive Geschichtswissenschaft

Gegen die hier vorgetragenen Gedanken zu einem Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft werden sich wahrscheinlich Bedenken erheben. Besteht nicht die Gefahr, so ließe sich einwenden, daß die Geschichtswissenschaft dem Kampf der Ideologien ausgeliefert wird und ihr Wissenschaftscharakter damit verlorenght? Und weiter ließe sich vielleicht die Frage aufwerfen, ob es nicht außer der konservativen und progressiven Historie, sozusagen jenseits von Gut und Böse, eine dritte, neutrale Möglichkeit der Geschichtswissenschaft gibt. Zu dem ersten Einwand läßt sich sagen, daß eine Wissenschaft, die sich als praktisch, das heißt gesellschaftsbezogene Wissenschaft versteht — unabhängig, ob konservativ oder progressiv —, nicht schon deswegen notwendig unwissenschaftlich ist.

Es gibt keine Sozialwissenschaft, zu der auch die Geschichtswissenschaft zu rechnen ist, die im luftleeren, gesellschaftsfreien Raum operieren kann. Sie wird erst unwissenschaftlich, wenn sie die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie arbeitet, nicht mehr reflektiert. Es ist auch nicht einsichtig, warum konservative und progressive Wissenschaft sich einander notwendig feindlich gegenüberstehen müssen. So unlöslich Theorie und Praxis miteinander verbunden sind, so sind sie doch keineswegs miteinander identisch. Die Theorie hat daher immer einen relativ großen Raum der Freiheit, den es zu erhalten gilt. Das Problem der Zusammenarbeit von progressiver und konservativer Sozialwissenschaft ist weniger ein wissenschaftstheoretisches als vielmehr ein praktisch-menschliches Problem. Wissenschaft ist nicht zuletzt auch eine bestimmte Form des Umgangs unter Menschen; sie setzt daher gesellschaftliche Regeln und Umgangsformen voraus, auf die sich alle einigen müssen. Die Lösung dieses Problems scheint zwar im Blick auf die gegenwärtigen akademischen Umgangsformen mit gewissen Schwierigkeiten verbunden zu sein, grundsätzlich aber steht einer Zusammenarbeit von progressiver und konservativer Wissenschaft nichts entgegen.

¹⁰⁾A. Heuß, Verlust der Geschichte, Göttingen 1959, S. 60.

¹¹⁾F. Nietzsche, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Stuttgart 1960, S. 7.

¹²⁾Nietzsche, a. a. O., S. 7.

Der neutrale Weg — Popper

Es bleibt die Frage nach der Möglichkeit einer neutralen Geschichtswissenschaft. In seiner 1944 erstmals veröffentlichten, 1965 von Erik Boettcher in deutscher Übersetzung herausgebrachten Studie „Das Elend des Historizismus“ behauptet Karl R. Popper, in dem von ihm vorgeschlagenen „methodologischen Individualismus“¹³⁾ den neutralen Weg gefunden zu haben. Das Buch stellt eine scharfe Kritik jeden Versuchs einer theoretisch-philosophisch verstandenen Geschichtswissenschaft dar. Nach Popper sind die Methoden der Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften grundsätzlich die gleichen¹⁴⁾. Für ihn ist „die Geschichtswissenschaft durch ihr Interesse für tatsächliche, singuläre, spezifische Ereignisse im Gegensatz zu Gesetzen und Verallgemeinerungen charakterisiert“¹⁵⁾. Über die Aufgabe des Historikers heißt es: „Eine der wichtigsten Aufgaben des Historikers besteht ohne Zweifel in der Beschreibung interessanter Ereignisse in ihrer Eigentümlichkeit und Einzigartigkeit, d. h. mit Einschluß von Aspekten, die er nicht kausal zu erklären versucht, etwa des ‚zufälligen‘ Auftretens nicht kausal verknüpfter Ereignisse. Diese beiden Aufgaben der Geschichtswissenschaft, die Entwirrung der kausalen ‚Fäden‘ und die Beschreibung der ‚zufälligen‘ Art, wie diese Fäden verwoben sind, sind beide notwendig und ergänzen einander.“¹⁶⁾ Gegen diesen in Analogie zur naturwissenschaftlichen Methode entwickelten scheinbar neutralen methodologischen Individualismus muß kritisch eingewandt werden, daß hier eine in bestimmten Grenzen durchaus vertretbare Methode derart verabsolutiert wird, daß schließlich die Methode über den Gegenstand gesetzt und der Gegenstand von der Methode her bestimmt wird.

Wissenschaft erschöpft sich nicht in Methodik, sie ist vielmehr methodisch bewußtes Erfas-

sen von Wirklichkeit. Eine Sozialwissenschaft, die sich nicht mehr um die Erfassung der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit bemüht, die eben mehr ist als ein Singuläres, Spezifisches und mehr als eine Vielfalt formaler Beziehungen, entartet zur Spielerei. Der Historiker kommt nicht darum herum, die Geschichte in reale Begriffe zu fassen. Wenn Geschichte zur reinen Beliebigkeit wird, läßt sich mit Recht die Frage stellen, warum sie überhaupt noch betrieben werden soll. Der Historiker kann sich nicht von der Methodologie verbieten lassen, immer wieder die Frage nach der Realität der Geschichte zu stellen.

Mängel der strukturell-funktionalen Theorie

Die Geschichtswissenschaft hat die Aufgabe, die historisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen. Von dieser Zielsetzung her lassen sich auch Bedenken gegen die Übernahme der strukturell-funktionalen Theorie, wie sie von Parsons für die soziologische Theorie entwickelt worden ist, geltend machen. Sie mag sich zwar der Geschichtswissenschaft für die Überwindung der Tradition des Historizismus anbieten, um sie durch die Systematisierung historischer Strukturen von einer rein individualisierenden Betrachtungsweise zu befreien. Die strukturell-funktionale Theorie kann sicherlich die historische Methode bereichern. Ihre Schwäche besteht aber darin, daß sie historische Begriffe auf Systeme formaler Strukturen reduziert, die zwar rational und daher auch operational sind, für die Erkenntnis historischer Wirklichkeit unter Umständen aber wenig hergeben. Eine nominalistische Geschichtsschreibung mag zwar dem Historiker das Gefühl geben, sich selbst von der Geschichte befreit zu haben, doch wird er letztlich seine geschichtliche Existenz nicht verleugnen und es nicht vermeiden können, sich der Geschichte zu stellen.

Teil II: Konservatismustheorie am kybernetischen Modell

Zum Begriff des Konservatismus

Der Begriff Konservatismus wird im geschichts- und politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch

¹³⁾ K. R. Popper, Das Elend die Historizismus (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 3), Tübingen 1965, S. 107.

¹⁴⁾ Popper, a. a. O., S. 103.

¹⁵⁾ Popper, ebenda, S. 112.

¹⁶⁾ Popper, a. a. O., S. 115.

vorwiegend zur Kennzeichnung politischer Parteien, Richtungen und Ideologien verwandt. Eine genaue Umschreibung des Inhalts des Konservatismus ist wie bei den meisten „Ismen“ nur schwer möglich. Die Schwierigkeit einer exakten Definition wird dadurch vergrößert, daß „konservativ“ ein häufig benutzter Begriff der politischen Publizistik ist und auch in der wissenschaftlichen Sprache meistens nicht wertfrei verwendet wird. Die Kenn-

zeichnung einer Personengruppe als konservativ wird als Werturteil verstanden, gleichgültig, ob damit Ablehnung oder Zustimmung verbunden ist. Obwohl der Begriff Konservatismus in der Wissenschaft und Politik seit den letzten hundertundfünfzig Jahren in den unterschiedlichsten Weisen gebraucht worden ist, erweist sich seine Verwendung auch heute noch als notwendig und nützlich.

Ist es möglich, einen festen Katalog konservativer Denkinhalte aufzustellen? Man mag diese Frage vielleicht zunächst bejahen und auf eine Reihe standardisierter konservativer Denkvorstellungen verweisen: Autorität als Leitbild für den Aufbau von Familie, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft; bevorrechtigte Stellung von Kirche und Religion im öffentlichen Leben; organischer Staatsgedanke; Abwehrhaltung gegenüber „zersetzenden“ Einflüssen in Kultur und Gesellschaft; Erhaltung der traditionellen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Einwände gegen eine politische Definition des Konservatismus

Es fragt sich, ob ein solcher oder ähnlicher Katalog konservativer politischer Ideen zur Erfassung des Phänomens Konservatismus ausreicht. Ungeklärt bleibt nämlich die Frage, warum überhaupt bestimmte Personengruppen und soziale Schichten „konservativ“ sind. Welche Erklärungsmöglichkeiten gibt es für die Motivationsstruktur des Konservatismus? Wenn eine bestimmte soziale Schicht konservativ denkt und handelt, muß sie dafür Gründe haben. Die bloße Feststellung konservativer Denkinhalte und Verhaltensweisen ist wissenschaftlich unbefriedigend. Sie würde das Zustandekommen des Konservatismus lediglich dem Zufall der jeweiligen politischen Gesinnung überlassen. Auch die Begrenzung des Konservatismus auf Parteien und politische Gruppierungen wäre zu einseitig. Der Politik, auch der Politik von Parteien, würde damit eine Selbständigkeit zugeschrieben, die sie gar nicht hat. Zweifellos hat die Politik in einem gewissen Rahmen ihre eigenen Gesetze, mit deren Hilfe sich zahlreiche politische Handlungen erklären lassen. Aber die Bedingungen politischen Handelns sind nicht in der Politik selbst zu suchen.

Politik, also auch konservative Politik, erschließt sich nicht aus sich selbst, sondern ist das Resultat einer Vielzahl ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Faktoren. Die

politische Geschichtsschreibung neigt dazu, den politischen Bereich von den ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen abzusondern und ihre Aussagen gleichsam am abstrakten politischen Modell zu exemplifizieren. Ein solches Verfahren ist methodisch durchaus legitim, solange nicht die am Modell der „Politik“ gewonnenen Aussagen verabsolutiert werden. Politische Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft stehen jedoch ständig vor der Gefahr, ihre politischen Aussagen zu verabsolutieren, weil die Komplexität der der Politik zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht genügend ausgelotet wird. Für die Theorie des Konservatismus folgt daraus, daß sie sich nicht auf einen katalogartigen Nachweis konservativer politischer Denkinhalte beschränken kann. Eine zureichende Erklärung des Konservatismus muß vielmehr auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen zurückgreifen, die sozialpsychologische Motivationsstruktur aufzeigen und die Gesamtstruktur des Konservatismus, die weit über den politischen Bereich hinausgreift, umfassen.

Die Vielschichtigkeit des Konservatismus

Die Frage, ob eine bestimmte politische Handlung „konservativ“ ist, läßt sich nicht anhand eines überzeitlichen Konservatismus-Schemas beantworten. Der Konservatismus ist kein Naturgesetz. Eine bestimmte politische Handlung läßt sich erst aus dem Strukturzusammenhang, in dem sie einzuordnen ist, als konservativ oder progressiv qualifizieren. Diese Aussage sei am Beispiel des Nationalismus erläutert. Der Nationalismus ist nicht notwendig konservativ. Der Nationalismus der liberalen Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist als progressiv, der Nationalismus der am Ersten Weltkrieg beteiligten europäischen Mächte dagegen als konservativ zu werten. Seine konservative Qualifikation erhielt der Nationalismus erst durch die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa herrschende historisch-gesellschaftliche Konstellation.

Eine Theorie des Konservatismus muß diese Vielschichtigkeit des Konservatismus erfassen. Aus diesem Grund weicht die vorliegende Theorie des Konservatismus von der herkömmlichen Bestimmung des Konservatismus als einer Parteirichtung und politischen Ideologie ab. Konservatismus wird hier als allgemeine historische Tendenz, nicht aber als die Geschichte einzelner politischer Parteien

verstanden. Konservatismus ist also nicht eine Frage der Bezeichnung, sondern der vorgegebenen historisch-gesellschaftlichen Struktur. Aus dieser Perspektive können auch liberale und sozialdemokratische Parteien, die sich selbst als progressiv verstehen, unter dem Begriff Konservatismus erfaßt werden, obwohl eine solche Kategorisierung von dem programmatischen Selbstverständnis der Parteien her zunächst als widersinnig erscheinen mag. Eine wissenschaftliche Analyse kann jedoch nicht die Selbstaussage einer Partei unbesehen als wissenschaftlich erwiesene Tatsache übernehmen. Die Gefahr einer unkritischen Theoretisierung parteipolitischer Praxis und Selbstdarstellung ist gerade in der Parteiengeschichte sehr leicht gegeben. Aus diesen Überlegungen heraus wird die folgende Theorie des Konservatismus bewußt von einer Theorie konservativer Parteirichtungen und Parteiprogramme abgesetzt.

Progressismus — Konservatismus

Die Gegenbewegung zum Konservatismus ist der Progressismus. Beide historischen Kräfte sind jedoch in einem dialektischen Verhältnis miteinander verknüpft. Der Konservatismus ist leichter zu erfassen, weil er sich auf historisch realisierte Strukturen bezieht, die ohne weiteres intellektuell nachzuvollziehen sind. Die Darstellung des Progressismus, der eine noch nicht realisierte Zukunft vorwegnimmt, ist schwieriger, weil sie bei dem Analytiker die Bereitschaft zum utopischen Denken und den Glauben an die Perfektibilität der menschlichen Gesellschaft voraussetzt. Ebenso wie der Konservatismus ist der Progressismus nicht bloß eine Parteirichtung oder ein Programm. Der Progressismus umfaßt eine in der Gesellschaft angelegte und aus ihr zu entwickelnde Tendenz. Auch der Progressismus ist nicht auf ein überzeitliches Schema zu reduzieren. Er ist ein Prozeß, der der ständigen Veränderung unterworfen ist. Auch hier gilt, daß bestimmte politische Handlungen erst durch ihren historischen Stellenwert als progressiv zu qualifizieren sind. Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 war beispielsweise in ihrer Konzeption gegenüber der Reichsverfassung von 1871 ohne Zweifel „progressiv“, dennoch wirkte sie sich unter den in der Weimarer Republik vorgegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen als konservatives Instrument aus, weil sie den Gegnern der Republik zur demokratischen Legitimität verhalf. Unter anderen politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen hätte

sich dieselbe Verfassung durchaus progressiv auswirken können. Der Progressismus wird daher ebenso wie der Konservatismus weniger in seinen Ideen und Programmen als vielmehr in den gesellschaftlichen Kräften, die diese Ideen realisieren, faßbar und meßbar.

Entwicklung zum Fortschritt?

Konservatismus und Progressismus sind bis auf den heutigen Tag bestimmende Kräfte der geschichtlichen Entwicklung in Europa. Mit dieser Aussage soll nicht einer Dialektik der Geschichte das Wort geredet werden. Noch weniger läßt sich die Geschichte der letzten zweihundert Jahre als ein einzigartiger Aufstieg zum gesellschaftlichen Fortschritt deuten. Man kann mit guten Gründen geradezu die entgegengesetzte Entwicklung aufzeigen, daß nämlich nicht der Fortschritt, sondern der Konservatismus auf breiter Front gesiegt habe. Die Bevölkerungsexplosion, die industrielle und wissenschaftliche Revolution, der Aufbau eines gesellschaftlichen Kommunikationssystems von ungeahnter technischer Differenziertheit und der Aufbau der modernen Wirtschaftssysteme sind zwar in der politischen Symbolik standardisierte Metaphern des Fortschritts, doch darf dieser wirtschaftlich-technische Fortschritt nicht mit dem gesellschaftlichen Fortschritt verwechselt werden. So mochte auch der Sturz von Monarchien als triumphaler Akt des Fortschritts gefeiert werden, aber war damit schon der gesellschaftliche Fortschritt sichergestellt? War beispielsweise die deutsche Revolution 1918/19 ein Sieg des Fortschritts oder des Konservatismus?

Im Zusammenhang mit dieser Frage stellt sich auch die Frage nach dem Erfolg des Faschismus. War der Faschismus tatsächlich nur ein Bruch mit einer im Grunde fortschrittlich verlaufenden geschichtlichen Entwicklung oder war er nicht vielmehr der Ausdruck einer Krise des bestehenden konservativen Systems?

Funktionen einer Konservatismustheorie

Wissenschaftliche Begriffe wie der des Konservatismus bedürfen der ständigen Überprüfung, um festzustellen, wieweit sie in der Lage sind, Realitäten zu erfassen. Wenn in dieser Arbeit versucht wird, den Begriff Konservatismus zu umschreiben, so kann ein solcher Versuch selbstverständlich nicht auf das terminologisch-formale beschränkt bleiben. Jede Bestimmung geschichtswissenschaftlicher oder

sozialwissenschaftlicher Begriffe enthält bereits eine sachliche Aussage. Daher ist eine Bestimmung des Konservatismus ohne eine Theorie des Konservatismus nicht möglich. Diese Theorie hat vor allem die Aufgabe, die begriffliche Verständigung zu erleichtern, wozu eine terminologische Kurzdefinition nicht ausreicht.

Ferner soll die Theorie des Konservatismus den methodischen und sachlichen Bezugsrahmen aufzeigen, der für die Bestimmung des Begriffs Konservatismus maßgebend ist. Eine solches Verfahren mag zunächst ein wenig unverständlich erscheinen. Aber gerade der Historiker bedarf der Theorie, um sich davor zu schützen, unkontrolliert und unkritisch Begriffe der politischen Alltagssprache in die wissenschaftliche Sprache zu übernehmen. Auch das sorgfältigste historische Quellenstudium kann nicht verhindern, daß das Ergebnis einer historischen Untersuchung durch die Festsetzung der Begrifflichkeit möglicherweise von vornherein determiniert ist. Es ist sicherlich dringend erforderlich, der Theorie innerhalb der Geschichtswissenschaft einen breiteren Raum zuzuweisen, als ihr bisher zugestanden wurde.

Konservatismus als gesellschaftlicher Prozeß

Der Konservatismus soll im folgenden als gesellschaftlicher, politischer und ideologischer Prozeß verstanden werden, der in der Geschichte Europas und der westlichen Welt seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart wirksam ist. Durch die Definition des Konservatismus als historischer Prozeß soll ausgedrückt werden, daß es sich bei ihm nicht um ein historisch einmaliges und zeitlich genau fixierbares System gesellschaftlicher und ideologischer Verhaltensmuster sowie politischer Herrschaftsstrukturen handelt, sondern um einen Vorgang, der selbst der Veränderung unterworfen ist und der den Ablauf der eigenen Veränderungen aus sich heraus steuert.

Konservatismus in dem hier vorliegenden Verständnis ist mehr als eine Gesinnung, ein Gedankensystem oder ein Denkstil¹⁷⁾. Eine

¹⁷⁾ Karl Mannheim spricht in seiner wissenschaftlichen Abhandlung „Konservatives Denken“ (1927) von einem „konservativen Denkstil“ und schränkt damit Konservatismus auf den ideologischen Bereich ein. Andererseits findet sich in der gleichen Arbeit auch der Begriff des „konservativen Handelns“. Dieses konservative Handeln sei „nicht ein bloß formal-reaktives Handeln ...

Ideengeschichte der Klassiker konservativen Denkens reicht zur Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Konservatismus nicht aus, zumal da die Veröffentlichung der wichtigsten Werke der „Klassiker“ in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt, Konservatismus aber ein historisch-gesellschaftlicher Prozeß ist, der bis in die Gegenwart reicht¹⁸⁾. Ebenso wenig ist Konservatismus eine bestimmte formale psychologische Eigenschaft oder Haltung, die sich gleichermaßen auf Progressive und Konservative anwenden läßt¹⁹⁾. Allerdings ist eine solche psychologische Verwendung des Begriffs Konservatismus heute weitverbreitet, so daß beispielsweise orthodoxe Kommunisten als „konservativ“ bezeichnet werden.

Die psychologische Verwendung des Begriffs „konservativ“ ist deswegen irreführend, weil sie im allgemeinen zu einseitig auf die individuelle Haltung eines einzelnen bezogen ist. Danach gilt eine Persönlichkeit als „konservativ“, wenn sie sich gegen Veränderungen ihrer Lebensweise und Umweltbedingungen wehrt. Eine solche individual psychologisch „konservative“ Haltung ist jedoch nicht mit dem politisch-gesellschaftlichen Konservatismus zu verwechseln. Beispielsweise kann ein Progressiver in seinem persönlichen Lebensstil und seinem Umgang mit Menschen durchaus „konservativ“ und autoritär sein. Die individualpsychologische Deutung des Konservatismus führt daher zu keinem brauchbaren Ergebnis. Fruchtbarer ist allerdings der sozialpsychologische Ansatz. Sozialpsychologische Faktoren spielen zweifellos im Konservatismus als kollektives Bewußtsein und kollektives Verhalten eine bedeutende Rolle. Ein durchgängiges sozialpsychologisches Motiv des Konservatismus ist die soziale Angst. Inhaltsanalysen konservativer Äußerungen erweisen, welche zentrale Funktion die Angst vor Geheimbünden, umstürzlerischen Bewegungen, Untergrundbewegungen, Revolutionen, vor Liberalen, Sozialisten

sondern ein bewußtes oder unbewußtes Sich-Orientieren an einer Denk- und Handlungsweise, die inhaltlich und formal stets in Fülle historisch charakterisierbar und aufweisbar ist“. K. Mannheim, Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, hrsg. v. Kurt H. Wolff, Neuwied 1964, S. 413 f.

¹⁸⁾ Mannheim beschränkt sich in seiner Studie auf den deutschen Konservatismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

¹⁹⁾ Bei Mannheim findet sich der Hinweis, „daß wir im Gegensatz zum Traditionalismus unter „Konservatismus“ nicht einen allgemein psychologischen Tatbestand verstehen dürfen“. Mannheim, a. a. O., S. 412.

oder Kommunisten für die Konstituierung des konservativen Bewußtseins hat. Die Sozialpsychologie kann sicherlich einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Motivationsstruktur des Konservatismus leisten.

Für den wissenschaftlichen Sprachgebrauch muß daran festgehalten werden, daß der Konservatismus nicht als individuelle psychologische Haltung zu werten ist, sondern anhand objektiver politischer, sozialer, ökonomischer, sozialpsychologischer und kultureller Kriterien bestimmt werden muß. Karl Mannheim sieht in dem Konservatismus einen „objektiven, geschichtlich eingebetteten, dynamisch sich abwandelnden Strukturzusammenhang“²⁰⁾ und bezeichnet konservatives Handeln als „ein Handeln im Sinne eines objektiv vorhandenen Strukturzusammenhangs“²¹⁾. Die in dieser Arbeit vorgelegte Definition des Konservatismus als gesellschaftlicher Prozeß geht über den Ansatz von Mannheim hinaus. Konservatismus ist mehr als ein (ideologischer) Strukturzusammenhang, er ist eine objektiv nachweisbare historisch-gesellschaftliche Realität.

Vielleicht bedarf es zur Erhärtung der Definition des Konservatismus als gesellschaftlicher Prozeß noch einer weiteren begriffstheoretischen Erläuterung. Viele der von Historikern verwendeten Begriffe wie Staat, Land, Reich, Bund, Partei, Recht und — mit einer gewissen Einschränkung — auch Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur haben den Nachteil, daß sie zu statisch definiert sind und so das Prozessuale der Geschichte nicht in den Griff bekommen. Anders verhält es sich bei historischen Begriffen wie Krieg, Bewegung, Revolution, die darauf abzielen, die geschichtliche Dimension eines Vorgangs zu erfassen. Zu dieser letzteren Kategorie historischer Begriffe wäre auch der Begriff Konservatismus zu rechnen. Er unterscheidet sich allerdings auch wieder von Begriffen wie Krieg, Bewegung, Revolution, als diese zunächst überzeitlich und amorph und damit nicht näher qualifizierbar sind. Von der Begriffssystematik her würden vielleicht die Begriffe Reformation und Säkularisation dem hier vorgetragenen Verständnis des Begriffs Konservatismus formal am nächsten kommen, weil sie einen inhaltlich bestimmbaren und zeitlich abgrenzbaren historischen Vorgang definieren.

Der Konservatismus konkretisiert sich immer in bestimmten, allerdings veränderlichen ge-

ellschaftlichen, politischen und ideologischen Strukturen und wird so geschichtlich manifest. Konservatismus ist aber nie voll identisch mit einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse, Partei oder Ideologie. Die gesellschaftlich-politische Macht des Konservatismus beschränkt sich auch nicht auf den Machtbereich der sich konservativ nennenden Parteien.

Die in der Politik- und Geschichtswissenschaft übliche Bestimmung des Konservatismus als Parteirichtung und politische Bewegung geht im Gegensatz zu der hier vertretenen Konservatismustheorie mehr von einem statischen Ansatz aus. Konservatismus erscheint dort als ein mehr oder weniger feststehendes Muster bestimmter ideologischer Inhalte und politischer Programmpunkte. Der Konservatismus wird dabei in einem gewissermaßen überzeitlichen Kanon politischer Wertvorstellungen erfaßt. Die in diesem Aufsatz dargelegte Konservatismustheorie weicht dagegen in wesentlichen Punkten von der bekannten Konservatismus-Konzeption ab und darf mit jener nicht verwechselt werden. Konservatismus ist in dem hier vorliegenden Verständnis kein politisch-ideologisches Fixum, sondern ein komplexer sozialer Prozeß. Die Ideologie- und Parteilgeschichte des Konservatismus ist dabei nur ein Aspekt — und in der Vielfalt der Aspekte nicht einmal notwendig der zentrale.

Die Kennzeichnung des Konservatismus als sozialer Prozeß soll verdeutlichen, daß der Konservatismus vom politischen Bereich allein her nicht aufzuschlüsseln ist. Konservative Politik ist ein Ausdruck des Konservatismus, aber nicht seine Substanz. Der Konservatismus realisiert sich als Integration sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Verhältnisse, die einander bedingen und aufeinander einwirken, wobei Ursache und Wirkung voneinander kaum zu unterscheiden sind. Die Komplexität und Mehrdimensionalität des konservativen Systems soll durch den Begriff sozialer Prozeß erfaßt werden.

Die Geburt des Konservatismus 1789

Blickt man in die Geschichte der Neuzeit zurück, so entstand der Konservatismus in dem Augenblick, als die Gesellschaft ‚machbar‘ wurde, als es möglich wurde, Zukunftsprojektionen über den Aufbau der Gesellschaft, die radikale Veränderungen der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen vorsahen — sei es durch Reformen, sei es durch Revolutionen —, in die Tat umzusetzen. Die reale Möglichkeit

²⁰⁾ Mannheim, a. a. O., S. 416.

²¹⁾ Mannheim, a. a. O., S. 413.

des durchgreifenden gesellschaftlichen und politischen Umbruchs bewies zum erstenmal die Französische Revolution. Der Konservatismus existiert daher seit 1789 als reale gesellschaftliche Macht. In Burkes „Reflections on the Revolution in France“ von 1790 findet sich das klassische ideologische Dokument des sich zum Kampf gegen die Revolution sammelnden Konservatismus.

Seitdem die Welt veränderbar geworden war, gab es keine gesellschaftliche Herrschaft mehr, die sich selbst Ewigkeitswert zuschreiben durfte. Um so nachdrücklicher mußte sich der Konservatismus darum bemühen, die bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in einen ideologischen Schleier einzuhüllen, um sie dem Zugriff des Progressismus zu entziehen. So schrieb Burke in seinen „Reflections on the Revolution in France“: „Each contract of each particular state is but a clause in the great primeval contract of eternal society, linking the lower with the higher nations, connecting the visible and the invisible world, according to a fixed compact sanctioned by the inviolable oath which holds all physical and all moral natures, each in their appointed place.“²²⁾

Um die bestehende Sozialordnung dem Zugriff der Revolutionäre zu entziehen, verleiht Burke ihr die religiöse und metaphysische Weihe, die sie unangreifbar machen soll. Der Konservatismus der ersten Stunde versteht es, Religion und Kirche als Eckpfeiler konservativer Ideologie und Mystik zu benutzen. Die enge Verbindung von Religion und Politik, die Theorie und Praxis des europäischen Konservatismus im 19. Jahrhundert entscheidend prägte, ist bereits bei Burke mit der eindrucksvollen Kraft konservativer Symbolik vorgezeichnet. Es bleibt die Frage, ob die Religion auf den Konservatismus oder der Konservatismus auf die Religion angewiesen war. (Die weitgehende Trennung von Staat und Kirche erfolgte erst in der neueren Zeit.) Immerhin spricht die historische Entwicklung des Konservatismus für die Priorität des politisch-gesellschaftlichen Interesses. Der Konservatismus suchte und fand in der Religion, oder genauer, in den kirchlichen Institutionen und Lehren eine willkommene Bereicherung der konservativen Instrumentariums.

Man kann selbstverständlich die Frage aufwerfen, ob es nicht bereits vor der Französi-

schen Revolution konservative und progressive Tendenzen gegeben habe und ob nicht sogar die gesamte Geschichte als ein Kampf zwischen Konservatismus und Progressismus gedeutet werden kann. Ein solches Verfahren wäre grundsätzlich nicht auszuschließen. Allerdings würde in diesem Fall der Begriff des Konservatismus derart ins Uferlose ausgeweitet, daß er für die wissenschaftliche Analyse nur noch wenig relevant ist. Die Feststellung, daß es schon immer in der Geschichte beharrende und vorwärtstreibende Kräfte gegeben hat, wird sicherlich kaum dazu beitragen, das historische Urteil zu schärfen und die Forschung methodisch zu befruchten. Der Wert historischer Begriffe liegt nicht in ihrer Universalität, sondern in ihrer relativen Präzision. Daher wurde der Ursprung des Konservatismus in der vorliegenden Theorie bewußt mit der Französischen Revolution angesetzt.

Das Problem einer historisch umfassenden Konservatismustheorie

Im folgenden soll die Konservatismustheorie am kybernetischen Modell erläutert und präzisiert werden. Dieses Vorhaben wirft die Frage auf, warum es notwendig ist, Modelle in die Geschichtswissenschaft einzuführen. Die Verwendung von Modellen in der Geschichtsschreibung ist im Grunde genommen nicht neu. Sie hat schon immer mit Modellen gearbeitet, wobei sie sich allerdings häufig des Modellcharakters ihrer Aussage kaum bewußt war. Die Konzeption des „europäischen Staatensystems“, die „Idee der Staatsräson“, der Begriff des „Nationalstaats“, die Konzeption der „Volksgemeinschaft“ sind ebenso wie die Konzeption einer „organischen Entwicklung“ oder eines „dialektischen Prozesses“ der Geschichte Modelle, an denen der Historiker seine Aussagen exemplifiziert. Um der Gefahr der Hypostasierung zu begegnen, bedarf es einer ständigen Kritik der in der Geschichtswissenschaft angewandten Modelle. Jedes historische Modell, selbstverständlich auch das in diesem Aufsatz dargelegte Konservatismus-Modell, ist problematisch und anfechtbar.

Des weiteren bliebe zu fragen, warum die Kybernetik in die Geschichtswissenschaft eingeführt werden soll. Reicht das bisher bekannte theoretische Instrumentarium nicht aus?

Die grundlegende Schwierigkeit jeder modernen Wissenschaft, also nicht nur der Geschichtswissenschaft, besteht darin, die Masse

²²⁾ The Works of the Right Honourable Edmund Burke, London 1854—1857, Bd. 2, S. 368 f.

der zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Informationen zu koordinieren, auszuwerten und zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verarbeiten. Das Problem stellt sich insbesondere in der Geschichtswissenschaft, seitdem es unbestritten ist, daß sie nicht mehr isoliert neben den benachbarten Sozialwissenschaften bestehen kann. Die größte Schwierigkeit, die sich dem heutigen Historiker stellt, ist weniger die, an ausreichendes Material heranzukommen — das Material steht in einer in der bisherigen Geschichte dieser Disziplin noch nie erreichten Fülle zur Verfügung —; die Schwierigkeit besteht vielmehr gerade darin, die ungewöhnliche Materialhäufung zu bewältigen. Hier bietet die Kybernetik neue Lösungsmöglichkeiten an. Das Verfahren der Kybernetik ermöglicht die denkliche Verarbeitung einer beliebigen Anzahl von Informationen. Die historische Kybernetik wertet die Einzelergebnisse empirisch-historischer Untersuchungen unterschiedslos als „Informationen“, die die Grundlage für die Erstellung neuer Informationen abgeben.

Im Mittelpunkt des historisch-kybernetischen Verfahrens steht nicht mehr wie in der überkommenen historischen Methodenlehre die Quelle, sondern der abstrakte Begriff der Information. Die sogenannten Quellen sind lediglich ein Teil des kybernetischen Informationssystems der Geschichtswissenschaft. Die Erkenntnisse, die der Historiker aus der Erforschung der Quellen erwirbt, sind nicht notwendig wertvoller als die theoretisierten und systematisierten Informationen, die benachbarte sozialwissenschaftliche Disziplinen zur historischen Erkenntnis beitragen können. Der Wert von „Quellen“ — übrigens ein bereits vom Wort her höchst problematischer Begriff — kann nicht in einer wie auch immer gearteten Ursprünglichkeit, sondern in ihrem jeweils auswertbaren sachlichen Informationsgehalt für die wissenschaftliche Analyse gesehen werden. Die Einführung der Kybernetik kann dazu beitragen, die Geschichtswissenschaft von einer nach wie vor verbreiteten Mystifizierung der sogenannten Geschichtsquellen, einer Erblast der Romantik und des Historismus, zu befreien und die Geschichtswissenschaft auf den methodischen und theoretischen Stand vergleichbarer Wissenschaften zu bringen.

Die beiden historischen Prozesse des Konservatismus und Progressismus lassen sich nach den Modellen der Kybernetik als integrative gesellschaftliche Steuerungssysteme dar-

stellen, die sich durch einen zielverändernden Rückkopplungsprozeß und Lernprozeß ständig verändern. Anhand eines kybernetischen Modells läßt sich auch die Tatsache deutlicher erklären, daß der heutige Konservatismus äußerlich gesehen mit der soziologischen, politischen und ideologischen Struktur des Konservatismus der Zeit vor 150 Jahren kaum noch etwas gemeinsam hat.

Wenn, grob skizziert, um 1800 der soziale Träger des Konservatismus der kirchliche und weltliche Adel sowie die ständisch gebundenen sozialen Schichten waren, um 1900 das mittlere und gehobene Bürgertum, und heute ein großer Teil der Arbeiterschaft zur sozial tragenden Schicht des Konservatismus gerechnet werden muß, dann läßt sich natürlich die Frage stellen, mit welcher Berechtigung diese drei deutlich voneinander unterschiedenen sozialen Schichten einheitlich als soziale Träger des Konservatismus klassifiziert werden können. Ein ähnlicher Einwand läßt sich vorbringen, wenn man die politischen Formen des Konservatismus miteinander vergleicht: um 1800 die absolutistische Monarchie und der Ständestaat, um 1900 der bürgerliche Nationalstaat mit gemäßigt parlamentarischem System, heute der Sozialstaat auf massendemokratischer Grundlage. Am augenfälligsten sind die Unterschiede beim Vergleich der konservativen Ideologien untereinander: um 1800 ständisches Prinzip, Einheit von Thron und Altar; um 1900 bürgerlicher Liberalismus und Nationalismus; heute ideologischer Pluralismus mit vorherrschender Tendenz eines antiideologischen Pragmatismus.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist offensichtlich eine materiale Definition des Konservatismus nicht möglich. Die jeweiligen konkreten Realitäten des Konservatismus scheinen zueinander in einem unlösbaren Widerspruch zu stehen. Dieser Widerspruch kann mit Hilfe einer individualisierenden, auf dem Verstehensbegriff aufbauenden Geschichtstheorie nicht aufgelöst werden. Aus dem vorliegenden Problem ergibt sich daher die Notwendigkeit, andere, der historischen Wirklichkeit adäquatere Geschichtstheorien anzuwenden.

Das kybernetische Modell

Karl Wolfgang Deutsch hat in seinem Buch „The Nerves of Government“, das 1969 unter dem Titel „Politische Kybernetik“ in deutscher Übersetzung erschienen ist, neue Wege

aufgezeigt, wie die Erkenntnisse der modernen Steuerungs- und Kommunikationsforschung für die Sozialwissenschaften fruchtbar gemacht werden können²³⁾. Die mögliche Verwendbarkeit kybernetischer Modelle in der Geschichtswissenschaft wird allerdings von Deutsch nur am Rande gestreift, obwohl gerade in der Geschichtswissenschaft die Erprobung kybernetischer Modelle zu einer Intensivierung des arg verkümmerten historischen Methodenbewußtseins beitragen könnte.

Das selbstregulierende Kommunikationssystem bietet der Geschichtswissenschaft ein theoretisches Modell für die Lösung des zentralen methodischen Problems, nämlich der Aufschlüsselung der Korrelation von Kontinuität und Diskontinuität, von Identität und Wandel. Ein selbstregulierendes Kommunikationssystem, kurz Regelsystem genannt, besitzt die Fähigkeit, Informationen von außen aufzunehmen, zu verarbeiten, aufgrund dieser verarbeiteten Informationen Entscheidungen zu treffen und das Regelsystem selbst nach diesen Entscheidungen auszurichten, sich also selbst zu steuern. Der wichtigste Vorgang in einem solchen Regelsystem ist der sogenannte Rückkopplungsprozeß. Auf dem Wege der Rückkopplung kontrolliert das Regelsystem selbsttätig, ob die getroffene Entscheidung und deren Ausführung richtig sind. Im Bereich des menschlichen Nervensystems beispielsweise gewährleistet die Rückkopplung, daß das Herz ohne bewußte Entscheidungen des Menschen regelmäßig arbeitet. Über diese einfache Rückkopplung hinaus gibt es die vielverändernde Rückkopplung. Dabei werden auf dem Wege der Rückkopplung die inneren Strukturprinzipien und damit auch das vorgeschriebene Ziel eines solchen Regelsystems geändert, neue Ziele gesetzt, auf die sich das System umstellen muß, um sein inneres Ungleichgewicht zu überwinden²⁴⁾.

Diese zielverändernde Rückkopplung ist die Grundlage eines komplizierten Lernprozesses, wie wir ihn beispielsweise bei der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit vorfinden. Der Mensch nimmt Informationen aus seiner Umwelt auf, verarbeitet sie, trifft Entscheidungen über sich selbst, wobei er mehrfach seine eigenen Ziele verändert, ohne sich dabei selbst, seine Identität, aufzugeben.

²³⁾ K. W. Deutsch, Politische Kybernetik, Modelle und Perspektiven, Freiburg 1969.

²⁴⁾ Deutsch, a. a. O., S. 147.

Anwendbarkeit des kybernetischen Modells in der Geschichtswissenschaft

Ein solches Modell der zielverändernden Rückkopplung ist nicht nur, wie in diesem Beispiel, auf die Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit, sondern auch auf historische Phänomene aus dem Bereich der politischen, der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte anwendbar. Das kybernetische Modell wird sich besonders bei in sich komplexen Gegenständen der Geschichtswissenschaft und bei interdisziplinären Studien empfehlen. Dabei kann es sich beispielsweise um eine Biographie, die Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert, die Geschichte des europäischen Staatensystems oder die Geschichte des Ost-West-Gegensatzes handeln. Ein weites Feld für die Anwendbarkeit kybernetischer Modelle bietet die Erforschung solcher „Ismen“ wie Imperialismus, Nationalismus, Liberalismus, Sozialismus oder — wie im vorliegenden Fall — Konservatismus.

Die sozialen Träger des Konservatismus sind bestimmte Schichten und Gruppen, die sich, wie sich am kybernetischen Modell erklären läßt, beim Ablauf des Prozesses ‚Konservatismus‘ durchaus ablösen können. Das gleiche gilt für die konservative Ideologie, die einem ständigen zielverändernden Rückkopplungsprozeß unterworfen ist, dadurch neue Inhalte erhält und alte abstößt, aber dennoch ihren Charakter als konservative Ideologie beibehält. Gleichermaßen wird die konservative Politik durch den Rückkopplungsprozeß gezwungen, sich ständig neue Ziele zu setzen, um sich neuen historischen Situationen anzupassen.

Konservatismus als integratives gesellschaftliches Steuerungssystem

Es ist einsichtig, daß die Anwendung des kybernetischen Modells auf den Konservatismus jede monokausale Erklärung ausschließt. Die Entstehung und Wandlung des Konservatismus ist weder ausschließlich auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse noch auf die Veränderung der konservativen Bewußtseinsinhalte zurückzuführen. Der Konservatismus erschöpft sich nicht in bestimmten, einzeln angebbaren Persönlichkeiten, Ideen oder Parteien. Für die Erfassung der geschichtlichen Wirklichkeit des Konservatismus ist eine Geistesgeschichte konservativer Denker ebenso fruchtbar wie unfruchtbar wie andererseits die Einzwängung des Konservatismus in die Be-

griffligkeit eines historisch-dialektischen Ökonomismus.

Der Konservatismus als selbstregulierendes Steuerungssystem empfängt seine Informationsdaten aus den jeweils bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen sowie aus der ständigen, mehr oder minder starken gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Bedrohung durch den Progressismus. Im Gegensatz zum Progressismus ist der Konservatismus kein originäres Regelsystem, aber gerade deswegen um so anpassungsfähiger und — historisch gesehen — erfolgreicher. Da der Konservatismus, der sich an der Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse orientiert, nicht derart prinzipiengebunden ist wie der Progressismus, verfügt er über eine bedeutend umfangreichere Skala von Möglichkeiten, sich auf neue Situationen einzustellen. *Er orientiert sich an der Gegenwart und keineswegs, wie ihm häufig unterstellt wird, an der Vergangenheit.* Auf seinem Realismus in der Einschätzung der gegenwärtigen Situation beruht seine traditionelle gesellschaftliche, politische und ideologische Macht.

Der Konservatismus verfügt über eine große Integrationskraft und versteht es, wirtschaftliche, geistige, politische und gesellschaftliche Interessen in ein scheinbar unauflösbares System zu verschmelzen. Die intellektuelle Schlichtheit und Naivität der konservativen Ideologie steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit. Das Verhältnis des Konservatismus zur Vergangenheit ist unkritisch und unreflektiert: Er neigt dazu, in ihr eine Rechtfertigung der Gegenwart zu sehen. Er versteht es, kleinere Wunden am sozialen Körper schnell zu heilen, gewöhnliche Konflikte und Spannungen zu lösen, sich äußeren Einflüssen zu öffnen und neu hinzugekommene Kräfte zu integrieren. In diesem Zusammenhang wäre beispielsweise die integrative Funktion der Sozialpolitik, die ja keineswegs ein Monopol der Progressiven darstellt, im System des Konservatismus zu erwähnen. Das gleiche gilt für die relative Großzügigkeit in der Gewährung der Presse- und Meinungsfreiheit, solange diese nicht als systembedrohend angesehen wird.

Defekte des konservativen Steuerungssystems

Das konservative Steuerungssystem versagt, wenn es darum geht, substantielle Antagonismen im Innern der Gesellschaft oder in den internationalen Beziehungen zu bewältigen. Der Konservatismus vermochte die bürgerlichen Revolutionen in der ersten Hälfte des

19. Jahrhunderts nicht zu verhindern. Der Konservatismus des 20. Jahrhunderts erwies sich als unfähig, die durch den Kommunismus und Faschismus aufgeworfenen Probleme zu bewältigen. Der Erste und der Zweite Weltkrieg sind im wesentlichen auf das Versagen des internationalen Steuerungssystems des Konservatismus zurückzuführen. Diese strukturellen Mängel hängen eng mit der Unfähigkeit des konservativen Regelsystems zusammen, die Zukunft als Zielinformation zu erfassen. Die Zukunft wird als direkte Bedrohung empfunden, obwohl der Konservatismus natürlich weiß, daß sie unvermeidbar ist. An diesem Punkt zeigt sich die fundamentale Schwäche des Konservatismus und die Überlegenheit des Progressismus, dessen Regelsystem in der Lage ist, einen größeren Bereich der geschichtlichen Wirklichkeit zu erfassen.

Die grundsätzliche Abwehrhaltung des Konservatismus gegen Zukunftsprojektionen bleibt unverstänlich, wenn man nicht die soziale Angst als eines der wesentlichen Motive des Konservatismus zur Erklärung hinzuzieht. Die Sicherheit, die der Konservatismus sehr häufig nach außen zur Schau trägt, kann irreführend sein. Die Tatsache, daß so viele Versuche des Progressismus, den Konservatismus durch rationale Aufklärung zu überwinden, gescheitert sind, läßt sich wahrscheinlich nur aus dem Phänomen der sozialen Angst erklären. Die politischen und ideologischen Vorkämpfer des Progressismus übersehen häufig, daß gute Argumente noch keine Vertrauensbasis schaffen, um die soziale Angst zu überwinden.

Der Konservatismus als soziales System bringt kulturelle Verhaltensmuster hervor, die das öffentliche und private Leben weitgehend bestimmen. Es ist durchaus sinnvoll, in diesem Sinne von einer konservativen Moral zu sprechen. Die konservative Moral, die sich noch im 19. Jahrhundert weitgehend mit den kirchlichen Moralvorstellungen deckte, übt einen bestimmenden Einfluß auf die konservative Politik aus. Der rechtsstaatliche Schutz der Person, die Gewährung des Privateigentums, die Förderung der Familie als Keimzelle des Staates und der Gesellschaft gehören zu den unverzichtbaren Forderungen konservativer Moral. Überspitzt formuliert kann man sagen, die konservative Moral will einen befriedeten Zustand in der gegenwärtigen Gesellschaft auf Kosten der Zukunft herstellen, die progressive Moral strebt eine befriedete Zukunft zu Lasten der Gegenwart an.

Drei Phasen des Konservatismus

Die allgemeine Theorie des Konservatismus sei im folgenden unter Berücksichtigung der am kybernetischen Modell gewonnenen Erkenntnisse in ihrer historischen Entwicklung konkretisiert. Ohne den Anspruch auf eine vollständige Systematik erheben zu wollen, lassen sich drei Phasen des Konservatismus unterscheiden: 1. Die Phase des klassischen europäischen Konservatismus, 2. die Phase des bürgerlich-nationalen Konservatismus, 3. die Phase des modernen Konservatismus.

1. Der klassische europäische Konservatismus 1789—1848

Die Phase des klassischen europäischen Konservatismus, die sich durch die symbolischen Jahreszahlen 1789 und 1848 begrenzen läßt, wird von der Reaktion auf die Französische Revolution bestimmt, wie ja der Konservatismus überhaupt erst aus der Dynamisierung der Geschichte durch die Französische Revolution entstanden ist. Klassisch mag man diese Phase nennen, weil Ende des 18. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die „Klassiker“ des Konservatismus wie Burke, Gentz, Adam Müller, de Bonald, de Maistre und Haller in der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution ihre Schriften publizierten. Träger des Konservatismus waren Feudaladel und Kirche sowie die kirchlich und ständisch gebundenen Schichten. Politisch will der Konservatismus der ersten Phase — zumindest in Kontinentaleuropa — den monarchisch-absolutistischen Staat und das ständische Gesellschaftssystem erhalten.

Die klassische Phase des Konservatismus war sicherlich auch zugleich seine schwächste Phase. Das konservative Regelsystem war überfordert, die Komplexität der historischen Situation in den Griff zu bekommen, weil sein Informations-, Verarbeitungs- und Entscheidungssystem noch in den Anfängen steckte. Da die Ideologie des Progressismus die Gegenwart der historischen Kritik unterwarf, um darauf die Zukunft aufzubauen, sah sich der Konservatismus gezwungen, die Gegenwart aus der Vergangenheit zu verteidigen. Von daher rührt auch die seltsame Fama, daß der Konservatismus, der, wenn überhaupt, nur ein sehr pragmatisches Verhältnis zur Geschichte hat, eine historische, der Progressismus demgegenüber eine unhistorische Ideologie sei. Immerhin war diese scheinbare Umkehrung der Fronten vom Erfolg her gesehen einer der

klügsten ideologischen Schachzüge des Konservatismus, weil er damit den geschichtsbehafteten Progressismus an seiner Basis traf.

2. Der bürgerlich-nationale Konservatismus 1848—1918

Wenn auch die Auseinandersetzung zwischen Konservatismus und Progressismus — letzterer wurde in dieser ersten Phase durch den bürgerlichen Liberalismus vertreten — von den Zeitgenossen mit großer Intensität erlebt wurde, so war dieser Kampf doch im Vergleich zu den späteren Phasen relativ harmlos. Die Beschleunigung des gesellschaftlichen Verdichtungsprozesses, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch den rapiden Bevölkerungsanstieg, die Entfaltung des modernen Kapitalismus, die verkehrsmäßige Erschließung durch Eisenbahn und Dampfschiffahrt, den Aufbau eines nationalen und internationalen Kommunikationsnetzes und den zunehmenden Einfluß der Wissenschaft auf gesellschaftliche Vorgänge bewirkt wurde, verstärkte das gesellschaftliche Bewußtsein der Verfügbarkeit und Gestaltbarkeit der Welt.

In dieser zweiten, der bürgerlich-nationalen Phase, die sich mit den Jahreszahlen 1848 und 1918 abstecken läßt, wird das Bürgertum, das seine Identität in der modernen Nation findet, zum Träger des Konservatismus. Der Kampf mit der früheren feudalen Oberschicht wird beigelegt. In Deutschland beispielsweise kommt es zu einem Ausgleich großagrarischer und großindustrieller Interessen. Gegenüber der ersten Phase besitzt der bürgerlich-nationale Konservatismus eine wesentlich verbreiterte gesellschaftliche Basis. Die politische Form des bürgerlich-nationalen Konservatismus ist der Nationalstaat mit gemäßigt parlamentarischer Verfassung. Das ständische Gesellschaftsprinzip wird durch das kapitalistische Leistungsprinzip ersetzt. Die ideologische Selbstdarstellung des bürgerlichen Konservatismus gipfelt in der Nation, deren idealistischer gesellschaftlicher Wertekodex das kapitalistische System überhöht und diesem zugleich seine eigentliche Weihe gibt.

In der ersten Phase des Konservatismus war der Liberalismus die dem Konservatismus entgegengesetzte progressive Kraft. In der zweiten, der bürgerlich-nationalen Phase sind Konservatismus und Liberalismus keine Gegensätze mehr. Im politischen Tageskampf stehen sich zwar nach wie vor konservative und liberale Parteien einander gegenüber, doch sind die liberalen Parteien bereits

Bestandteil des konservativen Systems. Der Übergang des Liberalismus vom Progressismus zum Konservatismus läßt sich an dem Verhältnis des Liberalismus zur Nation verfolgen. Die „Nation“ war seit der Französischen Revolution eine Kampffarole der europäischen Linken, ein Symbol der freiheitlichen Bewegung gegen jede innere und äußere Unterdrückung. Etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vollzieht die wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreiche bürgerliche Bewegung die Umwertung der ehemals progressiv verstandenen Idee der Nation zum Symbol der Erhaltung des Status quo der neu entstandenen Sozialstruktur. In der Nation gipfelt nun die politische Selbstdarstellung des siegreichen Bürgertums. Damit ist die Nation, einstmals eine Utopie zur Befreiung des Bürgertums von absolutistischer und feudaler Bevormundung, zum sozialen Herrschaftsinstrument des Bürgertums geworden.

Der bürgerlich-nationale Konservatismus ist ein internationaler Prozeß. Auf der außerordentlichen Kompliziertheit und Differenziertheit seines Regelsystems beruht seine ungewöhnliche integrative Kraft. Ob der bürgerliche Konservatismus den Sozialismus tatsächlich als die Bedrohung schlechthin empfand, mag offenbleiben. Der bürgerliche Konservatismus ist gegenwartsorientiert. Er hat es kaum noch nötig, sich ideologisch zu verteidigen. Im Ersten Weltkrieg kann er den Triumph erleben, daß sein erbitterter Feind, der Sozialismus in Deutschland, England und Frankreich, fasziniert von der Größe der Nation, vor dem Konservatismus kapituliert und ihm seine Gefolgschaft als Kanonenfutter zur Verfügung stellt. Im Ersten Weltkrieg erweist sich aber auch die Unfähigkeit des bürgerlich-nationalen Konservatismus, einen internationalen humanen Wertekodex selbstregulierend zu verarbeiten. Das konservative Regelsystem war strukturell nicht in der Lage, durch einen Lernprozeß die historische Situation zu bewältigen und den Tod von Millionen zu verhindern.

3. Der moderne Konservatismus 1918 bis zur Gegenwart

Den Beginn der dritten, gegenwärtigen Phase des Konservatismus wird man mit dem Ende des Ersten Weltkriegs ansetzen können. Der Krieg hatte den internationalen Konzentrationsprozeß beschleunigt, so daß jetzt der amerikanische Konservatismus ohne größere Differenzierungen in den Gesamtkomplex Konservatismus einzubeziehen ist. Durch den Ausbau

eines gewaltigen Kommunikationsnetzes publizistischer, wirtschaftlicher und politischer Art hat die gesellschaftliche Verdichtung eine bis dahin unbekannte Intensität erreicht. An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft tritt die Massengesellschaft, die die bürgerliche Gesellschaft nicht beseitigt, sondern integriert. Die Strukturen der bürgerlich-nationalen Gesellschaft sind jedoch weitgehend erhalten geblieben.

In einem Prozeß der Oligarchisierung hat sich bei gleichzeitiger Übernahme der früheren bürgerlichen Oberschicht eine neue Oberschicht gebildet, die sich zu einem großen Teil aus der Massengesellschaft rekrutiert. Diese Oberschicht ist der eigentliche Träger des modernen Konservatismus. Wirtschaftlich basiert dieser Konservatismus auf dem an Massenkonsum und Massenproduktion orientierten Industriekapitalismus. Das Gesellschaftssystem ist unter Beibehaltung des Leistungsprinzips des Wirtschaftsliberalismus formal weitgehend egalitär verfaßt.

Das Steuerungssystem des modernen Konservatismus ist im hohen Grade labil und krisenanfällig. Obwohl ihm technische Möglichkeiten in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß zur Verfügung stehen, ist er nicht in der Lage, durch zielverändernde Rückkopplung die technischen Möglichkeiten mit einem dem geschichtlichen Fortschritt entsprechenden moralischen Wertesystem in Einklang zu bringen. Während der bürgerlich-nationale Konservatismus in der Nation einen entsprechenden gesellschaftlichen Moralkodex besaß, ist der moderne Konservatismus so gesehen amoralisch.

Der Konservatismus der „modernen Gesellschaft“

Der Konservatismus der dritten Phase wirkt modern. Seine ausgesprochene Bereitschaft zum technologischen Fortschritt hat dazu geführt, daß seine konservative gesellschaftliche Grundstruktur häufig gar nicht erkannt wird. Die den modernen Konservatismus tragenden gesellschaftlichen Kräfte empfinden sich selbst als „fortschrittlich“. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlich-organisatorischen und technisch-zivilisatorischen Leistungen des modernen Konservatismus ragen derart hervor, daß es fast abwegig erscheinen mag, ihn mit der ersten Phase des Konservatismus zu vergleichen. Zwar gibt es auch in der Gesellschaft des modernen Konservatismus noch Reststrukturen einer ständischen Gesellschaft, aber insgesamt gesehen hat der moderne Konservatismus

mus die ständische Gesellschaft endgültig überwunden. Die sogenannten Funktionsebenen in Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Kultur und Gesellschaft sind mit einer ständischen Oberschicht nur schwer zu vergleichen. Der heutige Konservatismus versteht sich selbst als „moderne Gesellschaft“ und weist jeden Versuch, ihn als Konservatismus zu klassifizieren, entschieden von sich. Diese dem Konservatismus der dritten Phase eigene „Modernität“ darf jedoch nicht mit dem gesellschaftlichen Progressivismus verwechselt werden. Es kennzeichnet die Situation des modernen Konservatismus, daß es in diesem System kaum noch einflußreiche Parteien gibt, die sich selbst als konservativ bezeichnen.

Arbeiterschaft und Konservatismus

Ein besonderes Problem des modernen Konservatismus ist das Verhältnis von Arbeiterschaft und Konservatismus. Die moderne Gesellschaft ist eine Industrie- und Massengesellschaft. Der moderne Konservatismus wäre daher nicht erfolgreich gewesen, wenn er nicht von breiten Schichten der Arbeiterschaft getragen würde. In dieser dritten Phase des Konservatismus versteht sich die Arbeiterschaft nicht mehr als Proletariat. Das politisch-gesellschaftliche Verhalten der Arbeiterschaft wird daher auch nicht von ihrer „objektiven“ Klassenlage bestimmt. Die Sozialpsychologie der Arbeiterschaft ist weit komplizierter, als es viele linke Ideologien wahrhaben wollen. Bürgerlich-konservative Orientierungsmuster gewinnen einen zunehmenden Einfluß auf das wirtschaftliche, gesellschaftliche und private Verhalten des Arbeiters, der zum ‚Konsumbürger‘ aufgestiegen ist und erheblich mehr zu verlieren hat als seine Ketten. Die Arbeiterschaft identifiziert sich weitgehend mit dem bestehenden sozial-kulturellem und sozioökonomischen System und übernimmt zugleich dessen konservativ-nationale Wertvorstellungen.

Obwohl die politische Repräsentation der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, sich selbst als progressiv versteht und in zahlreichen Äußerungen diesen Progressivismus immer wieder proklamiert, vollzieht sich die politische Praxis der Sozialdemokratie nach dem Gesetz, das ihr das konservative System auferlegt. Als Beispiel sei das Verhalten der Sozialdemokratie in den Jahren 1918/19 genannt. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie im Rat der Volksbeauftragten und in ihrer ersten

parlamentarischen Regierung unter Scheidemann nahezu ausschließlich bürgerlich-nationalen und bürgerlich-liberalen Leitbildern folgte und auf eine soziale Revolution verzichtete, beweist, daß sie bereits fest in das System des Konservatismus integriert war.

Die Schärfe, mit der die politische Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Parteien in der Weimarer Republik geführt wurde, scheint dieser Aussage zu widersprechen. Die vorliegende Konservatismustheorie ist jedoch keine Theorie des parteipolitischen Konservatismus. Diese Überlegungen gehen vielmehr — wie schon mehrfach angedeutet — von der Bestimmung des Konservatismus als eines sozialen Prozesses aus. Aus dieser Sicht sind die Parteien nicht der Motor des sozialen Prozesses, sondern dessen Produkte. Eine einseitig politisch orientierte Geschichtsschreibung neigt dazu, das Freund-Feind-Verhältnis zwischen der bürgerlichen Rechten und der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik zu verabsolutieren. Die Politik ist aber nur ein Teilbereich des historisch-gesellschaftlichen Prozesses und kann daher nicht von der allgemeinen ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung isoliert betrachtet werden. Zudem schließt auch das „Ende der Parteien 1933“, der bürgerlichen Rechtsparteien ebenso wie der Sozialdemokratie, das als historisches Faktum schließlich auch der Erklärung bedarf, eine einseitige Deutung der geschichtlichen Entwicklung der letzten fünfzig Jahre aus der Perspektive der politischen und Parteiengeschichte aus.

Die Ideologie des modernen Konservatismus

An die Stelle traditioneller konservativer Ideologien tritt eine moderne konservative Ideologie, wie sie beispielsweise in der Vorstellung einer „wissenschaftlichen Zivilisation“, in der ein auf dem Leistungsprinzip aufbauendes technokratisches Modell zum gesellschaftlichen Leitbild erhoben wird, zum Ausdruck kommt. Die Ideologie der „wissenschaftlichen Zivilisation“ verzichtet auf überkommene moralische Begründungen zur Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und führt statt dessen den scheinbar neutralen Grundsatz der Sachgesetzlichkeit ein. Im Sinne dieser modernen konservativen Ideologie wird „ein neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch“ geschaffen, „in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht

von Person über Person verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlichen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind" ²⁵⁾). Trotz der Modernität dieser konservativen Ideologie kann nicht übersehen werden, daß sie auf die Legitimierung der bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse ausgerichtet und eben daher konservativ ist.

In seiner ideologischen Selbstdarstellung gibt sich der moderne Konservatismus nicht „konservativ“, sondern „modern“. Indem er den technischen Fortschritt nicht nur propagiert, sondern auch tatsächlich vorantreibt, wirkt er scheinbar progressiv. Dieser technische Fortschritt — im weitesten Sinn verstanden — ist aber nicht mit einem gesellschaftlich-politischen Fortschritt gleichzusetzen, der auf eine Humanisierung der menschlichen Gesellschaft abzielt. Der moderne Konservatismus steht wie gebannt vor dem Faszinosum einer technisierten und organisierten Welt, ohne eine Antwort auf die entscheidende Frage geben zu können, auf welches zukünftige gesellschaftliche Ziel diese technisierte Welt ausgerichtet werden soll. Von daher erklärt sich die Ratlosigkeit und ein Hang zum Kulturpessimismus.

Moderner Konservatismus und Faschismus

Da der Faschismus zeitlich in die dritte Phase des Konservatismus fällt, wirft die Bestimmung des modernen Konservatismus notwendig die Frage nach dem Verhältnis von modernem Konservatismus und Faschismus auf. Die Systematik des vorliegenden Konservatismus-Modells erhebt es nicht, den Faschismus, der ebenso wie der Konservatismus als gesellschaftlicher Prozeß und nicht in erster Linie als parteipolitische Bewegung zu sehen ist, isoliert von dem historischen Prozeß des Konservatismus zu betrachten. Selbstverständlich unterscheiden sich die faschistischen Parteien grundsätzlich von den bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratischen Parteien, und zumal in den Ideologien sind die Gegensätze offensichtlich. Dennoch kann die Tatsache nicht geleugnet werden, daß die

soziologische Basis des modernen Konservatismus mit der des Faschismus weitgehend identisch ist. Auch anhand einer historischen Sozialpsychologie des Faschismus, die den vor- und nachfaschistischen Zeitraum mit einbezieht, ließen sich sicherlich Verbindungen zwischen dem modernen Konservatismus und Faschismus, die sich allerdings nicht auf den politisch-ideologischen Überbau, sondern auf die gesellschaftliche Basis beziehen, nachweisen. Es ist historisch nicht zu bestreiten, daß der Faschismus von den gleichen sozialen Schichten getragen wurde, deren politische Repräsentation in der vor- und nachfaschistischen Zeit die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien waren. Zur Klarstellung sei gesagt, daß mit dieser Aussage keine politische Verbindung zwischen demokratischen und faschistischen Parteien gezogen wird. Die Gegensätze sind so offensichtlich, daß sie nicht eigens betont zu werden brauchen. Nur ergibt die rein politische Analyse des Faschismus keine ausreichende Erklärung des Faschismusproblems. Daher kann der Faschismus nur aus den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, die ihn hervorgebracht haben, erklärt werden.

Moderner Konservatismus und soziale Angst

Der moderne Konservatismus weist an zentraler Stelle seines Steuerungssystems wesentliche strukturelle Mängel auf. Er ist nicht in der Lage, auf eine Zukunftsgesellschaft hin projizierte Zielinformationen zu entwickeln, die seinem industriellen und technologischen Potential angemessen sind. Die Unfähigkeit des konservativen Steuerungssystems, adäquate Zielinformationen zu entwickeln und zu realisieren, macht den modernen Konservatismus im hohen Grade krisenanfällig. So läßt sich auch der Faschismus anhand des kybernetischen Modells aus der historischen und gesellschaftlichen Orientierungslosigkeit des modernen Konservatismus als eine Krise des Konservatismus erklären. Zieht man das Beispiel der deutschen Geschichte heran, so antwortet der Konservatismus auf die Herausforderung der sozialistischen Revolution mit der „konservativen Revolution“ des Faschismus. Aus dem Unvermögen, der progressiven Herausforderung zu begegnen, entstand die soziale Angst. Die soziale Angst ist, wenn man so will, eine pathologische Erscheinung des konservativen Steuerungssystems. Die soziale Angst kann als ein Schlüsselbegriff

²⁵⁾ H. Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln-Opladen 1961, S. 21 f.

zur Erklärung der Motivationsstruktur des Faschismus angesehen werden. Eine historische Sozialpsychologie der sozialen Angst würde wahrscheinlich die Ursprünge des Faschismus genauer ermitteln als jede ideologiegeschichtliche und parteipolitische Analyse. Im übrigen wirkte der politische Stil des Faschismus auf die Zeitgenossen nicht „konservativ“, sondern modern, wie überhaupt der für den Faschismus so charakteristischen Modernität eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für seinen historischen Erfolg zukommt. Die Modernität des Stils sollte den gesellschaftlich-politischen Fortschritt ersetzen. Der moderne Konservatismus glaubte, über den Schein-Progressismus des Faschismus die Zukunft bewältigen zu können.

Aus dem bisher Gesagten kann jedoch nicht geschlossen werden, daß der Faschismus eine notwendige Folgeerscheinung des modernen Konservatismus ist. Allerdings ist der Faschismus, wie die Geschichte der letzten fünfzig Jahre beweist, grundsätzlich als Möglichkeit im modernen Konservatismus angelegt, ohne daß diese Möglichkeit notwendig historisch realisiert werden muß.

Der Ansatz der Konservatismustheorie

Zum Schluß sei noch einmal der Ansatz der vorliegenden Konservatismustheorie verdeutlicht. Im Unterschied zu einer rein parteihistorischen und ideologiegeschichtlichen Bestimmung wird der Konservatismus als komplexer sozialer Prozeß verstanden, der sich historisch seit der Französischen Revolution nachweisen läßt. Der Schwerpunkt der Theorie bestand darin, anhand eines kybernetischen Modells die Mehrdimensionalität des Konservatismus aufzuzeigen. Es ging dabei nicht um eine Typologie des Konservatismus als individueller politischer Haltung. Es war daher auch nicht die Absicht dieser Studie, Kriterien zu erarbeiten, um einzelne Persönlichkeiten als „progressiv“ oder „konservativ“ einzustufen zu können. Konservatismus in dem hier vorliegenden Verständnis ist nicht eine Frage der persönlichen Gesinnung, sondern der historisch vorgegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Er beschränkt sich nicht auf den politischen Bereich; Konservatismus ist vielmehr ein integrativer sozialer Prozeß, der von einer Vielzahl ökonomischer, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Faktoren abhängig ist.